


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

LOKALE PROTESTE IN RUSSLAND

■ VON DER REDAKTION			
Die Osterpause und danach	2		
■ ANALYSE			
Aus Not vereint...			
Eine Analyse von Arbeitsprotesten der LKW-Fahrer in Russland unter Berücksichtigung der branchenspezifischen und der gesellschaftspolitischen Dimensionen	2		
Valentina Mählmeyer, Berlin			
■ UMFRAGE			
Zum Protest der Fernfahrer gegen das Mautsystem »Platon«	7		
Gewerkschaften	9		
■ ANALYSE			
Bauernproteste gegen Landraub und Korruption im Kubangebiet	10		
Hans Schmidt			
■ CHRONIK			
Aktionen öffentlichen Protests in den Jahren 2015–2017	14		
■ UMFRAGE			
Protest in Russland		18	
Zum Maidan		20	
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS			
Moskau, St. Petersburg, Tatarstan, Sibirien:			
Neue Protestwelle in Russland		21	
Sergey Medvedev, Berlin			
■ DOKUMENTATION			
Aufruf der Studenten, Alumni und Unterstützer der Europäischen Universität Sankt Petersburg		25	
■ NOTIZEN AUS MOSKAU			
Umfragen als Wahlersatz		26	
Jens Siegert, Moskau			
■ CHRONIK			
17. – 30. März 2017		29	

Die Osterpause und danach

Die Russlandanalysen gehen in diesem Jahr in eine etwas längere Osterpause, da die Redaktion personell umgestellt wird. Frau Julia Glathe wechselt zu unserem großen Bedauern an das Osteuropa-Institut der FU Berlin und verlässt uns. Die Frage der Nachfolge ist noch nicht endgültig geklärt. Ich selbst ziehe mich nach dreizehn Jahren und 333 Nummern von der Herausgabe und der Chefredaktion der Russland-Analysen zurück. Meine bisherigen Aufgaben übernimmt in Zukunft Heiko Pleines.

Die nächste Nummer erscheint am 11. Mai.

Einstweilen wünsche ich Ihnen auch im Namen der anderen Redaktionsmitarbeiter frohe Ostertage und eine gute Erholung.

Henning Schröder

ANALYSE

Aus Not vereint...

Eine Analyse von Arbeitsprotesten der LKW-Fahrer in Russland unter Berücksichtigung der branchenspezifischen und der gesellschaftspolitischen Dimensionen

Valentina Mählmeyer, Berlin

Zusammenfassung

Die Proteste der LKW-Fahrer gegen das auf Föderalen Fernstraßen geltende Mautsystem »Platon« reißten seit 2015 nicht ab. In dieser Zeit haben sich zahlreiche Grassroots-Protestgruppen professionalisiert: Sie organisieren sich in gewerkschaftsähnlichen Verbänden, geben Pressekonferenzen, veranstalten russlandweite Protestaktionen und weiten ihre Anliegen zu sachlichen und branchenspezifischen Problemen auf Forderungen politischer Art aus. Der Arbeitskampf der LKW-Fahrer findet Anerkennung bei der Bevölkerung und greift inzwischen auf die Arbeitskämpfe anderer Berufsgruppen über, etwa jene der Bauern. Die zu beobachtende Solidarisierungswelle in der Gesellschaft offenbart gravierende Unzufriedenheit hinsichtlich der politischen Gewichte Verteilung und stärkt die Position des »einfachen Volks«. Dieser Beitrag diskutiert auch die branchenspezifischen und die gesellschaftspolitischen Dimensionen des Arbeitskampfes des LKW-Fahrer.

Einleitung

Als ein großes Land mit langen Versorgungswegen ist Russland stark auf eine reibungslos funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Da nur die Hälfte aller Gütertransporte über Bahnstrecken erfolgt, haben Transporte per LKW einen enormen Stellenwert. Für die weiter entlegenen Ecken des Landes sind sie eine kostengünstigere Alternative zu den Hubschraubertransporten. Für die regionale Versorgung auf kurzen und mittellangen Strecken sind die Gütertransporte per LKW aufgrund ihrer Flexibilität, Schnelligkeit und der günstigen Kosten von größter Bedeutung. Seit der Verhängung der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland im Jahr 2014 und der im gleichen Jahr verhängten russischen Gegensanktionen in Form eines Embargos auf bestimmte Lebensmittel aus der EU spielen die LKW-Transporte zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken

und verschiedenen Föderationssubjekten Russlands wie auch die innerhalb des Landes eine immer wichtigere Rolle. Umso problematischer ist es, wenn das Transportsystem aus den Fugen gerät, weil sich die LKW-Fahrer landesweit gegen eine von der Regierung initiierte Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur positionieren.

Dieser Beitrag diskutiert die Situation rund um die Arbeitsproteste der LKW-Fahrer in Russland gegen das Mautsystem »Platon«, das am 15.11.2015 eingeführt wurde. Die hier dargestellten Erkenntnisse basieren auf einer Auswertung von im Internet veröffentlichten russischsprachigen Medienberichten sowie auf einer Analyse der von den beteiligten Stakeholdern auf Arbeitnehmerseite (selbständige Fernfahrer mit eigenem LKW, Gewerkschaften und Protestbewegungen) verkündeten Positionen aus der Zeit von 2015 bis 2017. Der Beitrag kommt zu drei Schlussfolgerungen: 1) die Arbeitskämpfe der LKW-

Fahrer zeigen, dass sich in dieser Branche ein erhebliches Konfliktpotential aufgestaut hat; 2) der Kostenanstieg (für LKW-Fahrer und Konsumenten durch »Platon«, bei anderen Branchen durch ähnliche Entwicklungen) wird als systematischer Angriff wahrgenommen. Die gemeinsame Erfahrung führt zu Solidarisierung; 3) die Ausweitung der Proteste auch auf andere Berufsgruppen macht deutlich, dass große Teile der Bevölkerung mit dem heutigen politischen System in Russland und der Machtverteilung in der Gesellschaft unzufrieden sind.

Die Hintergrundinformationen

Die Protestaktionen der LKW-Fahrer sind kein neues Phänomen in Russland und treten vereinzelt, in unregelmäßiger Folge auf (z. B. die mehrtägigen Protestaktionen in der nordkaukasischen Republik Dagestan im Jahr 1998; Proteste in den Jahren 2001, 2002 und 2012 in und rund um Moskau). Steigende Treibstoffkosten, der schlechte Zustand der Autobahnen, hohe Zollgebühren sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer beim Kauf von LKWs aus dem Ausland gehören zu den häufigsten Themen solcher Proteste. Gelegentlich werden die Forderungen der LKW-Fahrer auf angrenzende Themenbereiche ausgeweitet. Dazu gehört das Problem der Korruption und der Bestechungsgelder auf den Verkehrswegen oder die Forderung nach einem Rücktritt des Leiters der Zollbehörde in Dagestan. Die Gemeinsamkeiten solcher Protestaktionen liegen in ihrer Spontaneität und dem lokalen Charakter sowie in jeweils konkreten Forderung überwiegend finanzieller Art. Sie werden auf Initiative individuell betroffener Fernfahrer organisiert, wenn »das Wasser bis zum Hals steht«, und finden ohne rückendeckende Unterstützung durch kollektive Formen der Interessenvertretung statt. Solche Protestaktionen ereigneten sich vereinzelt, unzusammenhängend – und endeten häufig ergebnislos.

Eine Ausnahme stellt der Arbeitsprotest der LKW-Fahrer gegen steigende Treibstoffkosten im Jahr 2007 dar, der auf Initiative der 1998 gegründeten »Interregionalen Gewerkschaft professioneller LKW-Fahrer« (russ. Abk.: MPVP) und der 2008 registrierten interregionalen Gewerkschaft »Dalnobojschtschik« (dt.: »Fernfahrer«) russlandweit durchgeführt wurde. Trotz eines Teilerfolges, demzufolge die Preisentwicklung von acht auf drei Prozent verlangsamt wurde, besteht das Problem fort. Es wurde 2012 im Rahmen einer Aktion »Postoim, podumajem« (»Wir bleiben stehen und denken nach«) erneut aufgegriffen und um die Frage nach dem Korruptionsproblem auf den Verkehrswegen ergänzt. Damals kam es in zahlreichen Großstädten Russlands zu zeitlich abgestimmten 20-minütigen Korsos, die zu erheblichen Verkehrsbehinderungen führten und bei denen die LKW-Fahrer mit Hupen auf ihre schweren Arbeitsbedingungen aufmerksam machen wollten. Ähnlich

wie die russlandweiten Arbeitsproteste anderer Berufsgruppen (z. B. der Arbeitskampf der Bauern oder gar der staatlich angestellten Lehrer oder Ärzte) hatten die Protestaktionen der LKW-Fahrer zuvor keine breite Zustimmung in der Gesellschaft gefunden und wurden vielmehr als Störung des öffentlichen Lebens wahrgenommen.

Die soziokulturellen Besonderheiten der LKW-Branche

Die Bildung einer Grassroots-Bewegung in der Branche der LKW-Gütertransporte in Russland, die einer stark zerklüfteten Landschaft gleicht, ist ein schwieriges Unterfangen. Neben den Großunternehmen existieren dort zahlreiche kleinere und mittlere Firmen, die bis zu 60 Prozent des Fuhrparks (nach manchen Schätzungen sogar bis zu 90 Prozent) ausmachen. Neben den zahlreichen Freiberuflern, die ihr Einkommen je nach Auftrag mal legal, mal durch die Schwarzarbeit bestreiten, ist eine Großzahl selbständiger LKW-Fahrer tätig, die in Besitz eines eigenen LKWs sind. Die Einstiegshürden in das Transportgeschäft sind im Falle von Angestelltenverhältnissen eher gering: Es reicht ein Führerschein der entsprechenden Klasse, eine Erfüllung konkreter medizinischer und anderer formaler Auflagen, minimale Fahrerfahrung von nur einem Jahr und ggf. eine Berufsausbildung oder fachliche Fortbildung.

Auch die Berufsgruppe der LKW-Fahrer weist kaum Homogenität auf. Die Dominanz des männlichen Geschlechts zählt wohl zu den wenigen Gemeinsamkeiten, obwohl vereinzelt auch LKW-Fahrerinnen anzutreffen sind. Angesichts der statistischen durchschnittlichen Lebensdauer von 65 Jahren stehen die männlichen LKW-Fahrer in Russland mit ihrem Durchschnittsalter von 40 Jahren daher als Selbständige oder Freiberufler unter einem hohen Druck, die Familie langfristig zu versorgen. Selbst die sogenannten »professionellen Fahrer« haben sehr unterschiedliche Lebensläufe. Quereinsteiger sind unter den LKW-Fahrern keine Seltenheit. Hierzu gehören Frührentner mit einem militärischen Hintergrund, die bereits im Alter ab 40 Jahren die Möglichkeit der Frühverrentung in Anspruch nehmen und einen zweiten Berufsweg einschlagen. Ehemalige Strafgefangene, die aufgrund ihrer Vorbestrafung kaum eine Chance auf eine andere gut entlohnte Arbeit haben, übernehmen häufig schwierige Routen und erreichen dadurch eine gewisse Einkommenssicherheit und Ansehen. Zu den Beweggründen insbesondere der selbständigen LKW-Fahrer bei der Berufswahl zählt die Unabhängigkeit vom Arbeitgeber, die Selbstbestimmung und die Eigenverantwortung in Bezug auf die Wahl von Transportgütern, Zeiten und Transportrouten sowie Aussicht auf Einkommensstabilität. Doch der Preis des »Lebens auf Rädern« ist hoch und wird durch einen konstanten Druck bei der Suche nach den Anschlussaufträgen, hohe

Reparatur- und Wartungskosten sowie fehlende Sicherheit bei unerwarteten Ausfällen technischer oder gesundheitlicher Art geprägt. Wegen der bis zu 26 Arbeitstage pro Monat bleiben lediglich wenige Tage für die Familie.

Anhand dieser kurz skizzierten Heterogenität der Berufsgruppe der LKW-Fahrer in Russland wird deutlich, dass die Ausgangsvoraussetzungen für einen effektiven und langfristigen Zusammenschluss in einer Gewerkschaft oder für eine Beteiligung an einer Protestbewegung eher ungünstig sind. Der stark individualistischen Gruppe der LKW-Fahrer, in der zudem eine ständige Konkurrenz um neue Aufträge herrscht, fehlt es zudem am räumlichen Zusammenhalt. Auf der anderen Seite bieten Umstände wie die starke berufliche Identität und gegenseitige Hilfsbereitschaft, die geteilten Probleme technischer und finanzieller Art sowie die gemeinsamen Zwänge etwa durch das »Platon«-System einen gemeinsamen Nenner für kollektive Arbeitskämpfe. Die Mobilität der LKW-Fahrer, praktische Erfahrungen aus den früheren beruflichen Tätigkeiten und die verbreitete Nutzung digitaler Interneträume (Foren, Youtube, digitale Automobilzeitschriften) gehören zu den begünstigenden Faktoren für eine Organisation.

Das Mautsystem »Platon«

Eine Grassroots-Bewegung der LKW-Fahrer mit dem Ziel einer kollektiven Verteidigung ihres Rechts auf Arbeit und zur Verbesserung ihrer Arbeitssituation ist dann im Zusammenhang mit der Einführung des LKW-Mautsystems »Platon« (eine Abkürzung von »plata sa tonnu«, dt.: »zahlbar pro Tonne«) entstanden. Das am 15.11.2015 eingeführte System »Platon« gilt für LKWs mit einem Gewicht ab 12 Tonnen und betrifft ca. 2 Millionen Fahrzeuge. Es etabliert eine in Russland bislang kaum verbreitete (mit Ausnahme von wenigen zahlpflichtigen Autobahnabschnitten rund um Moskau) Maut für die (Ab-)Nutzung der »Verkehrswege föderaler Bedeutung«. Die Gebühr pro gefahrenem Kilometer in Höhe von 1,53 russische Rubel sollte ab November 2015 kontinuierlich steigen – und zwar auf 3 Rubel im Februar 2016, auf nachträglich beschlossene 3,06 Rubel ab April 2017 (am 22.03.2017 wurde allerdings von Ministerpräsident Medwedew eine Reduzierung des Anstiegs auf 25 Prozent – von 1,53 auf 1,91 Rubel – erlassen), und schließlich – wie ursprünglich beabsichtigt – auf 3,73 Rubel ab dem Jahr 2019. Des Weiteren müssen die LKW-Fahrer eine kostenlose Vorrichtung für eine satellitengesteuerte Überwachung der zurückgelegten Fahrtwege in ihrem Fahrzeug installieren, um eine korrekte Zahlung auf der Grundlage einer lückenlosen Nachvollziehbarkeit der Transportroute zu gewährleisten.

Die Absicht des Staates zur Einführung eines Mautsystems auf den russischen Verkehrswegen besteht seit dem Jahr 2011. Lediglich aufgrund der EU-Sanktionen

wurden im September 2014 drei seit der Ausschreibung von 2013 bereits in einer engeren Wahl stehenden Firmen mit einer ausländischen Beteiligung durch ein einheimisches Unternehmen ersetzt, das ohne jegliche Ausschreibung bestimmt wurde. Bereits im Vorfeld der Einführung von »Platon« wurden in 40 Regionen Russlands zahlreiche Warnstreiks der LKW-Fahrer am Straßenrand durchgeführt. Die LKW-Fahrer drohten mit einem motorisierten Marsch nach Moskau, falls »Platon« nicht gestoppt werde. Infolge dessen versammelten sich am 4. Dezember 2015 zahlreiche LKWs aus 17 Regionen Russlands rund um Moskau (in Chimki und auf der Kaschirskoje-Chaussee), daraus haben sich mehrere Protestgruppen gebildet. Die Forderungen der Beteiligten variierten. Manche verlangten die Abschaffung des gesamten Systems »Platon« inklusive der dazugehörigen Überwachungsvorrichtung (so die MPVP und die Protestbewegung in Chimki), andere wollten nur die Aufschiebung der Einführung um weitere drei Jahre mit einer vorangehenden einjährigen Testphase (so die großen Transportunternehmen).

Nach dem offiziellen Start des Systems folgten weitere Arbeitsproteste der LKW-Fahrer unter dem Motto »Nein zu Platon«. Mit der Aktion »Ulitka« (dt.: »Schnecke«), die mittels einer Kolonnenbildung von mit einer Geschwindigkeit von 10 bis 40 km/h fahrenden LKWs in ganz Russland kilometerlange Blockaden von Verkehrswegen herbeiführte, machten die LKW-Fahrer lautstark hupend auf die bevorstehende Zerstörung von kleinen und mittleren Firmen zugunsten von Großunternehmen, auf die Ruinierung von Existenzen und die steigenden Kosten für die Endverbraucher aufmerksam. Ein Tag nach der Einführung von »Platon« verweigerte bis zur Hälfte der LKW-Fahrer die Durchführung der bereits geplanten Transporte aufgrund der zu erwartenden Systemstörungen und der hohen Strafen.

Obwohl das »Platon«-System nicht verhindert werden konnte, wurde Ende 2015 durch diesen groß angelegten Widerstand eine temporäre Verringerung der Gebühr von 3,73 auf die ursprünglichen 1,53 Rubel, eine Reduzierung der anfangs geplanten Strafen auf 5.000 Rubel (1,1 Prozent des ursprünglichen Betrages) sowie eine von Präsident Wladimir Putin vorgeschlagene Aufhebung der Transportsteuer erreicht. Die Meinungen der Organisationen kollektiver Interessenvertretung hinsichtlich des Arbeitskampfes fielen jedoch sehr unterschiedlich aus: Während die Gewerkschaft MPVP mit vielen Aktionen rund um Moskau aktiv gegen »Platon« mobilisierte, sah die interregionale Gewerkschaft »Dalnobojschtschik« keinen Kampfbedarf, weil »das System [unweigerlich] zu einem eigens verursachten Transportkollaps« führen werde. Die Grassroots-Widerstandsgruppen hingegen reagierten mit der Bildung einer eigenen Berufsvereinigung (etwa der »Vereinigung der Transportunternehmer«, russ.: OPR).

Die Arbeitskämpfe der LKW-Fahrer boten zudem eine offene Plattform für Diskussionen zu weiteren bestehenden Problemen wie etwa dem schlechten Zustand der Verkehrswege, der fehlenden begleitenden Infrastruktur (Rast- und Reparaturstätten, Übernachtungs- und Einkaufsmöglichkeiten), der hohen Transportsteuer, der Korruption und den nicht überwachten Arbeitszeiten der LKW-Fahrer (Seit April 2014 besteht für juristische Personen in Russland – wie in Deutschland – die Pflicht zur Nutzung von Fahrtenschreibern, aber nur bis zu sieben Prozent aller LKWs sind tatsächlich damit ausgestattet. Der Grund dafür liegt darin, dass über 60 Prozent aller LKWs auf natürliche Personen angemeldet sind – Tendenz steigend. Dies sichert geringere Sanktionen im Falle von Verstößen gegen die Regeln des Gütertransports.).

Die gesellschaftspolitische Dimension des Konfliktes

Das Bestreben der Regierung zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und zur Regulierung der heterogenen Güterverkehrsbranche in Russland trifft seit ihrer Initiierung auf heftigen Widerstand seitens der LKW-Fahrer und auf eine starke Ablehnung in der breiten Bevölkerung. Eine Knappheit an Transportmitteln aufgrund der Verdrängung von kleineren und mittleren Unternehmen vom Markt und die daraus resultierende künstliche Verteuerung von Gütertransporten bis zu acht Prozent aufgrund von »Platon« gehören zu den ersten negativen Folgen. Die Abwälzung der gestiegenen Transportkosten auf die Endverbraucher und die zu erwartende Lebensmittelknappheit beunruhigt die Bevölkerung und verstärkt die Unzufriedenheit mit der Arbeit staatlicher Behörden.

Eine Solidarisierungswelle der Bevölkerung mit den LKW-Fahrern (laut Umfragen des Lewada-Zentrums wurden die LKW-Fahrer im Dezember 2015 russlandweit von über 60 Prozent und in Moskau von über 70 Prozent der Befragten unterstützt) aktivierte unerwartete Ressourcen für den Widerstand, wie etwa die Versorgung der Streikenden mit Lebensmitteln und Treibstoff, mit Angeboten professioneller juristischer Beratungen sowie mit einer finanziellen und logistischen Unterstützung. Die Grassroots-Bewegung der betroffenen LKW-Fahrer und breite Teile der ansonsten gegenüber Arbeitsprotesten gleichgültigen Bevölkerung finden angesichts der finanziellen und gar existenziellen Bedrohung zueinander. Denn die um ihre wirtschaftlichen Rechte kämpfenden LKW-Fahrer stehen als Berufsgruppe stellvertretend für in der Gesellschaft stark verbreitete und allgemein anerkannte Werte wie Respekt für harte maskuline Arbeit, Patriotismus, Befürwortung des und Loyalität gegenüber dem aktuellen politischen System. Selbst wenn in letzter Zeit der Arbeitskampf der Fernfahrer deutliche politische Züge (wie etwa die

Äußerung des Misstrauens gegenüber dem Präsidenten und die Forderung nach einem Regierungsrücktritt durch die Gewerkschaft OPR) jenseits der ursprünglichen Reaktion auf das Mautsystem »Platon« annimmt, kann man die LKW-Fahrer kaum bezichtigen, im Auftrag »ausländischer Agenten« zu handeln.

Trotz der bereits hohen finanziellen Belastung für die LKW-Fahrer wird die Einnahmenbilanz des »Platon«-Systems von Verkehrsbehörden aktuell als ausbaufähig eingestuft: Nach dem ersten Jahr wurden 19 Milliarden Rubel statt der ursprünglich geplanten (mit dem Tarif von 3,73 Rubel pro gefahrenen Kilometer prognostizierten) 45 Milliarden Rubel eingenommen. Mittels einer Disziplinierung der LKW-Fahrer durch verschärfte Kontrollmaßnahmen und der infolgedessen höheren Zahlungsbereitschaft sollen die Einnahmen steigen. Vom Transportministerium wird gar eine Übererfüllung der im Jahr 2017 geplanten Einnahmen angestrebt (30 statt 21 Milliarden Rubel). Neben einer Tarifierhöhung soll die Verbesserung der flächendeckenden Durchsetzung von »Platon« dazu beitragen – denn bei nur 60 Prozent aller Gütertransporte wird tatsächlich gezahlt. Zum einen sollen die Strecken, die die LKW-Fahrer mit einer ausgeschalteten Überwachungsvorrichtung zurückgelegt haben, rekonstruiert und in Rechnung gestellt werden. Darüber hinaus sollen ausstehende Strafzahlungen gezielter eingetrieben werden, was aufgrund der behördlichen Zuständigkeitsüberschneidungen lediglich in vier der über achtzig Regionen systematisch erfolgt; zudem soll die Höhe der Strafen künftig wachsen. Zu den weiteren drakonischen Maßnahmen zählt der vorgeschlagene Wegfall eines 50-Prozent-Rabattes auf die Zahlung der ersten Geldstrafe (5.000 statt 10.000 Rubel) sowie der Wechsel vom Prinzip »nur eine Strafe pro Tag« zur Bestrafung jedes festgestellten Regelbruchs.

Aus der Perspektive der LKW-Fahrer besteht im Zusammenhang mit dem »Platon«-System ein begründeter Verdacht auf Vetternwirtschaft und Korruption – die Mautgebühr ist auch als sogenannte »Rotenberg-Steuer« bekannt. Denn der Entwickler und Betreiber des Mautsystems, die Firma »RT-Invest Transport-systeme« (russ. Abk.: RTITS), gehört zu gleichen Teilen Igor Rotenberg, dem Sohn von Arkadij Rotenberg, eines engen Vertrauten von Präsident Wladimir Putin, und dem Investmentfond »RT-Invest« (Besitzer: Arkadij Rotenberg...). Als Gegenleistung für den Aufbau der gesamten »Platon«-Infrastruktur darf RTITS diese 13 Jahre lang betreiben und wird jährlich mit 10,6 Milliarden Rubel staatlich subventioniert, wobei 46 Prozent dieser Summe jährlich dem Inflationsausgleich unterliegen. Da die »Platon«-Zahler von der Transportsteuer befreit werden sollen, verlieren die Regionalhaushalte

nach eigenen Angaben bis zu 8,7 Milliarden Rubel, erhalten aber dafür einen Ausgleich aus dem Zentralhaushalt. Zudem investiert der Staat weitere 22,9 Milliarden Rubel in die Erneuerung und den Neubau von Straßen und Brücken in den Großstädten und Regionen. Unter dem Strich schreibt das »Platon«-System trotzdem, sogar im Fall einer Planübererfüllung im laufenden Jahr, für den Staat rote Zahlen.

Das »Platon«-System wird von den LKW-Fahrern als ein Instrument wahrgenommen, mit dem ihnen ihr hart verdientes Geld weggenommen und zwischen den Wirtschaftseliten verteilt wird – ohne Garantie auf eine reale Verbesserung ihrer Arbeitssituation oder der Verkehrswege. Daraus resultieren zwei Konfliktlinien: 1) LKW-Fahrer gegen die Ausbeutung durch den Staat in der besonders schwierigen Situation der aktuellen Wirtschaftskrise und 2) der Ärger der LKW-Fahrer darüber, dass sich die Oligarchen, vom Staat toleriert, nun an der hart arbeitenden Bevölkerung bereichern. Diese Situation verstärkt die Empfindung von Ungerechtigkeit, Alternativ- und Hilflosigkeit beim »einfachen Volk«.

Zusammenfassung

Die heterogene Berufsgruppe der LKW-Fahrer wird durch die Einführung des »Platon«-Mautsystems zu der Einsicht gezwungen, dass die aktuelle Problemlage ausschließlich durch gemeinsame, systematische Anstrengungen gelöst werden kann. Der seit dem Jahr 2015 andauernde Arbeitskampf der LKW-Fahrer hat ihre bereits ausgeprägte berufliche Gruppenidentität noch weiter gestärkt (z. B. in Form der Gründung der »Vereinigung der Besitzer von Transportkraftfahrzeugen und Objekten der Transportinfrastruktur »Dalnobojschtschik«« im Jahr 2016, die sich Seite an Seite mit der »Dalnobojschtschik«-Gewerkschaft mit den strategischen Fragen der Geschäftsoptimierung im Gütertransport befasst). Der Organisationsbedarf zur Sicherstellung einer effektiven Interessenvertretung der LKW-Fahrer ist groß – doch mindestens genauso groß sind die Meinungsunterschiede der beteiligten Gewerk-

schaften und der Protestbewegungen hinsichtlich der dafür am besten geeigneten Methoden und der ideologischen Annahmen. Während die ersteren ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei signalisieren und die Liste ihrer Forderungen bis hin zu Misstrauenserklärungen gegen den Präsidenten ausweiten, lehnen letztere jegliche politische Einflussnahme kategorisch ab und bleiben bei ihrer sachlich begründeten Ablehnung des »Platon«-Systems. Der Arbeitskampf der LKW-Fahrer geht weiter – sie bilden aber trotz eines gemeinsamen Ziels immer noch keine geeinte politische Front.

Am 27.03.2017 steht eine weitere großangelegte, unbefristete Streikaktion der LKW-Fahrer in ganz Russland an. Durch die beabsichtigte Lahmlegung des Güterverkehrs auf der Straße möchten sie sich ein Gehör hinsichtlich ihrer weiter fortbestehenden Probleme verschaffen und ihrem Ärger über Gerüchte Luft machen, dass »Platon« auf LKWs mit einem Gewicht ab 3,5 Tonnen ausgeweitet werden soll. Auch wenn daraufhin keine gravierenden Veränderungen des »Platon«-Systems zu erwarten sind, entfaltet der mehrjährige, hartnäckige Arbeitskampf der LKW-Fahrer eine unerwartete Wirkung: Neben einer Solidarisierung der Bevölkerung mit den der LKW-Fahrern lenken deren Proteste die Aufmerksamkeit auch auf Missstände in weiteren Berufsgruppen. So unterstützt die »Vereinigung der Transportunternehmer Russlands« (OPR), die ihre Wurzeln in der Protestbewegung in Chimki hat, die Bauernproteste im Süden Russlands. Zwar wurde der Anfang September 2016 erfolgte Traktorenmarsch der Bauern nach Moskau verboten und von der Polizei aufgelöst (ein erneuter Protest der Bauern ist am 28.03.2017 geplant) [vgl. den Artikel von Hans Schmidt in dieser Ausgabe der Russland-Analysen]. Doch die bislang isoliert voneinander erfolgten Arbeitskämpfe der LKW-Fahrer gegen das »Platon«-System sowie der Bauer gegen den Landraub gewinnen durch die gemeinsamen Auftritte an Einfluss und erzielen eine hohe Öffentlichkeitswirkung.

Über die Autorin

Valentina Mählmeyer ist Gastwissenschaftlerin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in der Projektgruppe »Globalisierung, Arbeit und Produktion«. Sie promoviert am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehört die international vergleichende Forschung der Arbeitsbeziehungen in der Automobilindustrie.

Lesetipp

Vesnin, A.: Russian truckers take it to the streets, in: New Eastern Europe, 21.2016, Nr. 2, S. 146–152.

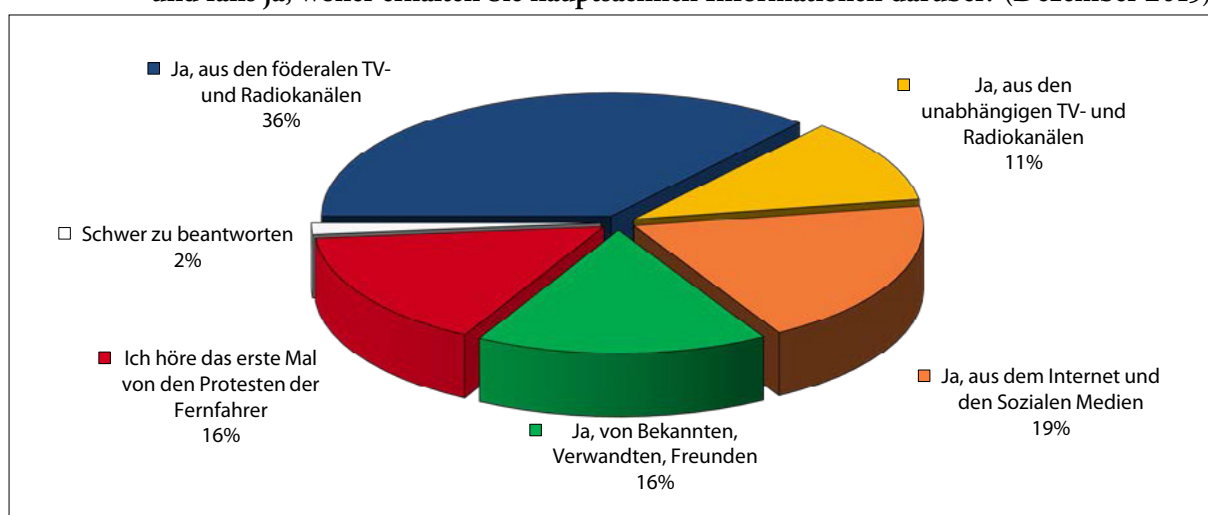
Hörtipp

Treffen der Gewerkschaft OPR mit der Gewerkschaft Verdi in Berlin, 23. März 2017; Audio [russ./dt.]: <<http://opr.com.ru/info/news/vstrecha-delegatsii-opr-s-predstaviteli-ami-nemetskogo-profsoyuza-verdi/>>.

UMFRAGE

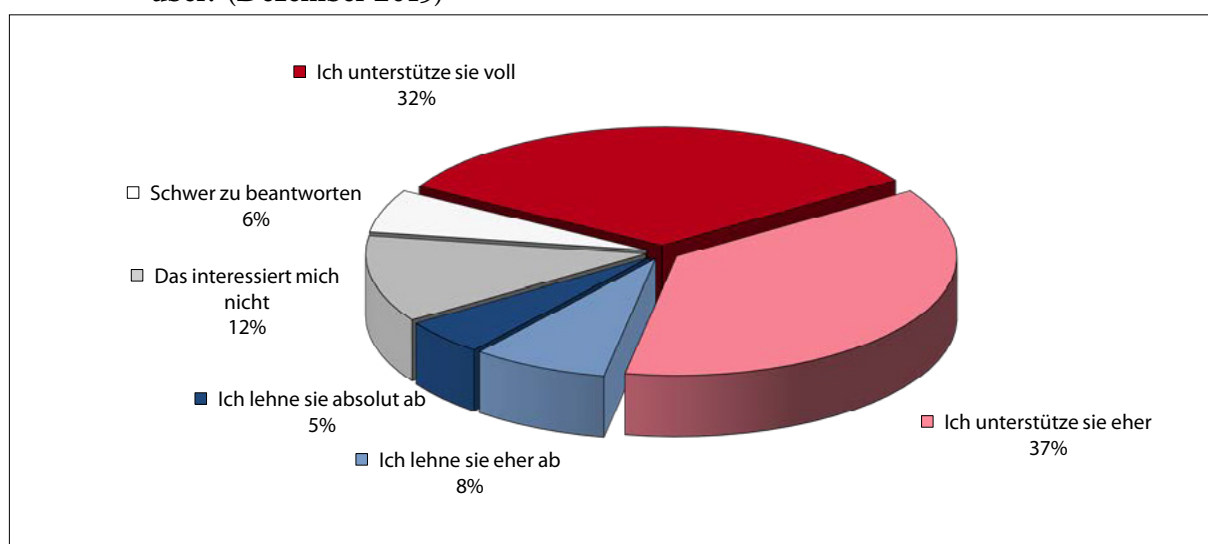
Zum Protest der Fernfahrer gegen das Mautsystem »Platon«

Grafik 1: Haben Sie von den Protestaktionen der Fernfahrer gegen das Mautsystem »Platon« gehört und falls ja, woher erhalten Sie hauptsächlich Informationen darüber? (Dezember 2015)



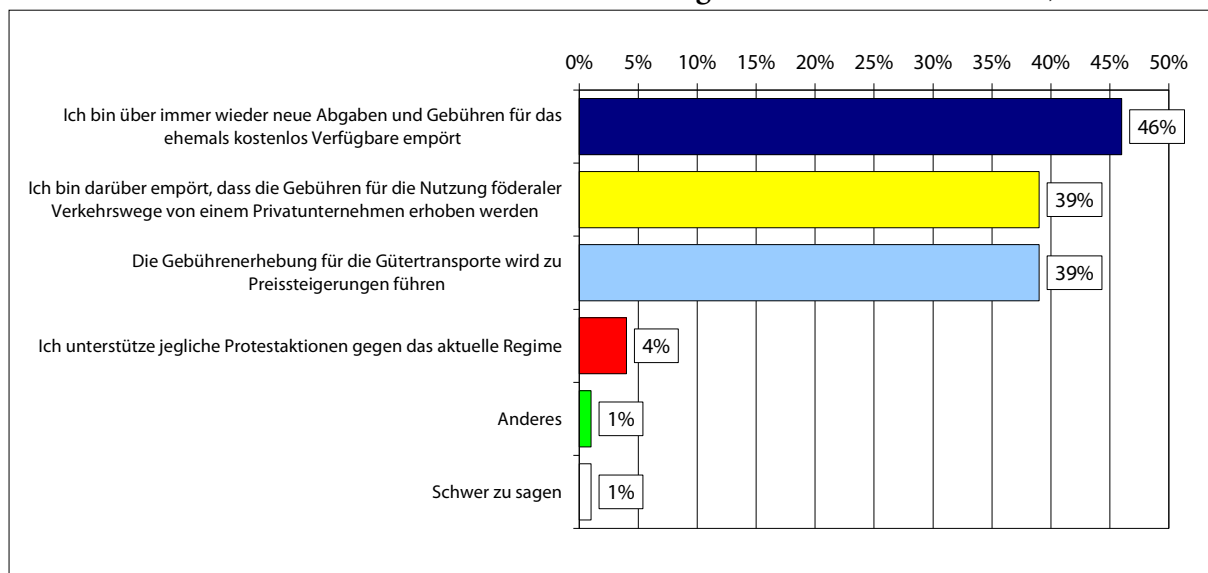
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 4.–8. Dezember 2015, <<http://www.levada.ru/2015/12/09/moskvichi-o-protestah-dalnobojschhikov/>>, 11. Dezember 2015

Grafik 2: Unterstützen Sie die Proteste der Fernfahrer oder stehen Sie diesen ablehnend gegenüber? (Dezember 2015)



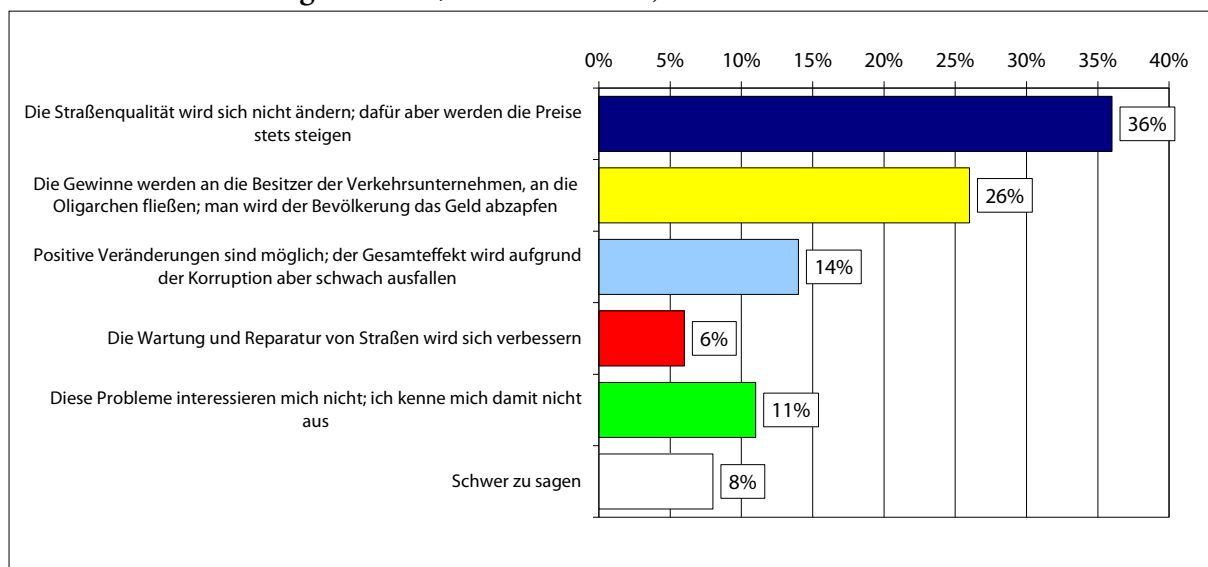
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 4.–8. Dezember 2015, <<http://www.levada.ru/2015/12/09/moskvichi-o-protestah-dalnobojschhikov/>>, 11. Dezember 2015

Grafik 3: Warum befürworten Sie die Proteste der LKW-Fahrer? (Prozentanteile deren, die die Proteste befürworten; mehrere Antwortmöglichkeiten, Dezember 2015)



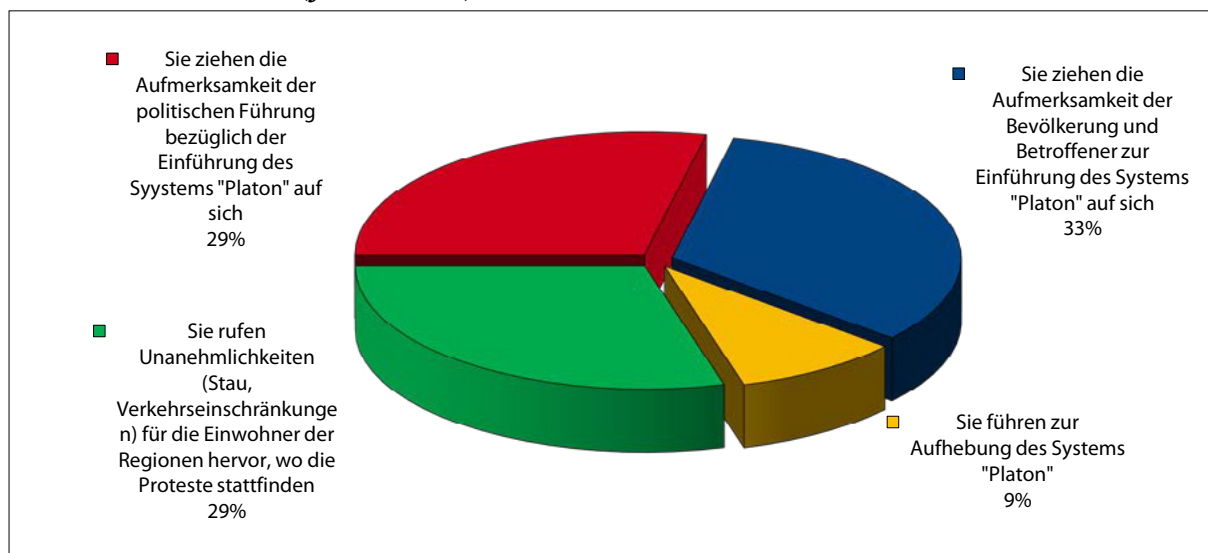
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Dezember 2015, <<http://www.levada.ru/2015/12/30/protesty-dalnobojshevikov-i-gotovnost-protestovat-sredi-naseleniya/>>, 29. März 2017

Grafik 4: Zu welchen Konsequenzen wird die Gebührenerhebung für die Nutzung föderaler Verkehrswege führen? (Prozentanteile derer, die die Proteste befürworten; mehrere Antwortmöglichkeiten, Dezember 2015)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Dezember 2015, <<http://www.levada.ru/2015/12/30/protesty-dalnobojshevikov-i-gotovnost-protestovat-sredi-naseleniya/>>, 29. März 2017

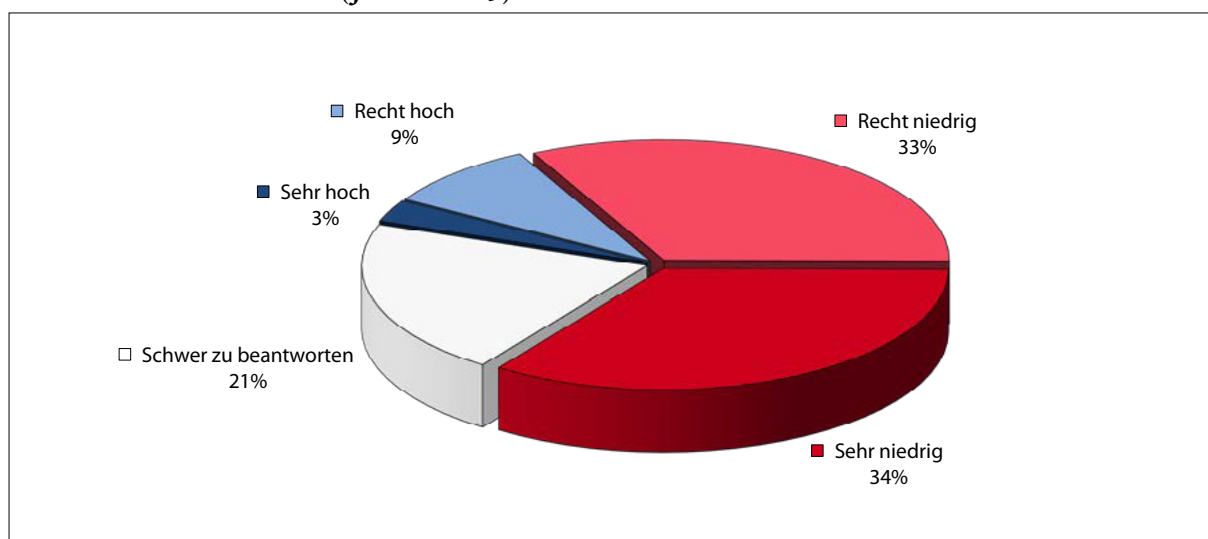
Grafik 5: Was denken Sie, führen die Proteste der Fernfahrer zu den folgenden Ergebnissen oder nicht? (Januar 2016)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 9.–18. Januar 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115576>>, 9. Februar 2016

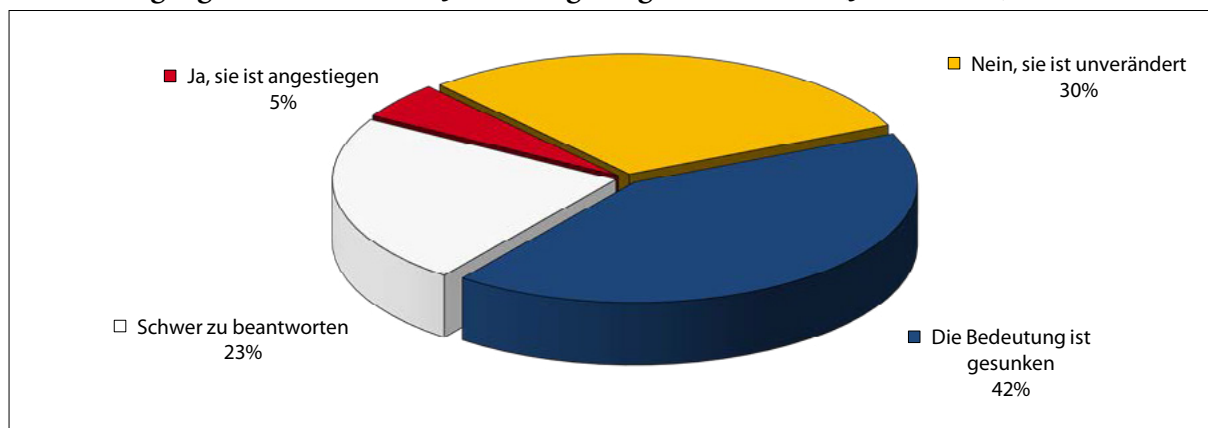
Gewerkschaften

Grafik 6: Wie schätzen Sie die Rolle der Gewerkschaften zum Schutz der Arbeitsrechte in unserem Land ein? (Januar 2015)



Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Oktober 2014, <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115119>>, 15. Januar 2015

Grafik 7: Ist die Bedeutung der Gewerkschaften für den Schutz der Arbeitsrechte in den vergangenen drei bis fünf Jahren angestiegen oder nicht? (Januar 2015)



Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Oktober 2014, <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115119>>, 15. Januar 2015

ANALYSE

Bauernproteste gegen Landraub und Korruption im Kubangebiet

Hans Schmidt

Zusammenfassung

In Russland fand Ende August 2016 eine Protestaktion von Kleinbauern (der »Traktorenmarsch«) statt. Berichten der Zeitung »Kommersant« zufolge startete am 21. August in der Region Krasnodar eine Kolonne aus 17 Traktoren und 8 PKWs mit 50 Kleinbauern an Bord einen Protestmarsch Richtung Moskau. Auf diese Weise wollten die Beteiligten den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf ihre Probleme aufmerksam machen und eine Audienz bei ihm erreichen. Der Hauptgrund für die Unzufriedenheit der Teilnehmer der Protestaktion waren wiederholte Fälle von Landraub und Korruption bei den lokalen Behörden der Region. Die Rede ist von »feindlichen« Landübernahmen durch große Agrarkonzerne, die sich nicht scheuen, auch zu dreisten Mitteln zu greifen, z. B. Bestechung von zuständigen Richtern an Wirtschaftsgerichten, von Polizeibeamten und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und Fälschung von Kaufverträgen mit Unterschriften Verstorbener. Das Treffen mit der Regierung platzte allerdings, weil die Protestaktion durch 100 Angehörige einer OMON-Sondereinheit der Polizei gewaltsam beendet wurde. Die Landwirte geben jedoch nicht auf und wollen nun voraussichtlich Ende März 2017 den zweiten Traktormarsch Richtung Moskau organisieren, um dem Präsidenten von Ihren Problemen zu berichten.

Die Vorgeschichte: missglückter Luftballongruß an den Präsidenten

Bereits Mitte Mai 2016 hatten die russischen Landwirte Alexej Woltschenko, Oleg Petrow und Andrej Owetschkin, die sich selbst als Mitglieder der Volksbewegung »Höfliche Landwirte« (russ.: Weshliwyje fermery) bezeichnen, versucht, in der Region Krasnodar (Kubangebiet) eine Demonstration mit 1.500 Menschen zu organisieren, bei der ein Heißluftballon in die Luft

steigen sollte. Das Ziel der angekündigten Veranstaltung war, Präsident Wladimir Putin auf diese Weise auf die Probleme und Nöte der russischen Landwirtschaft aufmerksam zu machen. Die Organisatoren der Veranstaltung verlangten ein Treffen mit dem Präsidenten und dem Gouverneur der Region, Wenjamin Kondratjew, sowie die Berufung einer Sonderkommission der Regierung, die einige unrechtmäßige Grundstücksübernahmen in der Region Krasnodar untersuchen sollte.

Die Rede war von rechtswidrigen Landenteignungen und unrechtmäßigen Verlängerungen der Pachtdauer durch Unterschriftenfälschung, Betrug und »rejderstwo« (»feindliche/räuberische Übernahme«) sowie von Ernteraub und Korruption bei lokalen Beamten und Richtern, die diese Situation nicht unter Kontrolle haben, einfach wegschauen oder sogar darin verwickelt sind. Die Bauern brachten vor, dass lokale Gerichte bei Landstreitigkeiten immer auf der Seite der großen landwirtschaftlichen Betriebe (Agrarholdings) stünden. Die Landwirte hatten ihren Glauben an die Legitimität des örtlichen Justizsystems und die Zuständigkeit der Exekutive verloren. Das Gespräch mit dem Präsidenten war sozusagen die letzte Hoffnung, die sie noch hatten, um dieses Problem zu lösen. Das Aufsteigen des Heißluftballons sollte dazu dienen, dem Präsidenten symbolisch zu übermitteln, dass die »Luftpost« die einzige Möglichkeit ist, mit dem Präsidenten zu kommunizieren und ihm ihre Sorgen mitzuteilen. Diese Aktion fand allerdings nie statt: In der Nacht vor der Veranstaltung wurde das Fahrzeug, in dem der Ballon transportiert werden sollte, von der Verkehrspolizei angehalten und der Anführer Alexej Woltschenko festgenommen. Laut Oleg Petrow wurden alle Verkehrswege, die zum Veranstaltungsort führen, von Polizisten blockiert. Deshalb waren die Teilnehmer der Demonstration einfach gezwungen, den Ort zu verlassen – die Aktion musste abgebrochen werden.

Der »Traktorenmarsch-Konflikt«: Chronik der Ereignisse

Die Landwirte in der Region Krasnodar gaben sich jedoch nicht geschlagen und starteten am 21. August 2016 eine neue Aktion. Diesmal setzten sie sich auf ihre Traktoren und organisierten einen »Traktorenmarsch« von Woronesch Richtung Moskau. Angeführt wurde der Traktorenmarsch wieder von dem Landwirt Alexej Woltschenko. Der Traktorenkolonne schlossen sich einige LKW-Fahrer an, die aus St. Petersburg, Rostow am Don und Saratow stammten, und ebenfalls ein Treffen mit der Moskauer Regierung erreichen wollten. Es waren laut Angaben der Zeitung »Kommersant« 50 Personen auf 17 Traktoren und 8 PKWs. Die Organisatoren der Aktion erwarteten, dass weitere Landwirte auf dem Weg nach Moskau dazustoßen würden, so dass insgesamt 300 Traktoren an dieser Aktion beteiligt wären. Auf dem Weg nach Moskau wurde die Kolonne nach Angaben von Alexej Woltschenko alle 500 bis 1.000 Meter von der Polizei gestoppt, nach offizieller Version, um die Identitäten der Landwirte und deren mögliche Vorstrafen sowie die Fahrzeugpapiere zu überprüfen.

Schließlich erklärte sich der Vize-Gouverneur der Region Krasnodar, Andrej Korobka, zu einem Treffen mit den Landwirten am 23. August bereit und reiste

zu ihnen nach Rostow, wo sie sich auf dem Weg nach Moskau befanden. Die Landwirte erklärten Andrej Korobka bei diesem Treffen, dass sie im Rahmen dieses Traktorenmarsches gegen räuberische Landübernahmen sowie gegen das rechtswidrige Vorgehen der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden in der Region protestieren. Es wurde ihnen versprochen, dass alles in Ordnung gebracht werde.

Gewaltsames Ende der Protestaktion

Die Situation entwickelte sich ganz friedlich, doch am nächsten Tag kam es auf einer Raststätte in Rostow zu einem Zwischenfall. Einer der Teilnehmer der Aktion, der LKW-Fahrer Rustam Mallamagamedow wurde laut Zeugen von unbekannten Männern in Uniform zusammengeschlagen und schwer verletzt (Kieferbruch). Nach Angaben von Alexej Woltschenko wurde der Mann angegriffen, weil er versucht habe, Fotos von den beteiligten Polizisten zu machen. Anschließend eskalierte die Situation: Die Gesetzeshüter des Gebiets Rostow entschieden, dass die Landwirte mit diesem Traktorenmarsch rechtswidrige Handlungen begehen würden, und nahmen deshalb alle fest. Die Polizisten zwangen die Bauern, in ihre Fahrzeuge einzusteigen und begleiteten sie zurück in die Region Krasnodar. Am 23. August wurden alle Teilnehmer der friedlich verlaufenden Aktion festgenommen. Im Interview gegenüber dem »Kommersant« erklärte Alexej Woltschenko, dass die Festnahme der Landwirte durch rund 100 Angehörige einer OMON-Sondereinheit der Polizei erfolgte, als die Landwirte eine Pause im Café machten und keine illegalen Handlungen begingen. Einige der »aktiven« Landwirte, Oleg Petrow, Alexej Woltschenko und Nikolaj Maslow, wurden zum Polizeiabschnitt gebracht.

Bis Sonntag, den 28. August, wurden insgesamt 14 Landwirte festgenommen und verurteilt. 11 Personen wurden zu Geldstrafen verurteilt, drei zu einem zehntägigen Arrest. Die offizielle Anklage der Staatsanwaltschaft gegen die Landwirte lautete: »Teilnahme an nicht genehmigten Kundgebungen, Versammlungen, Demonstrationen, Umzügen, die zur Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur und des Verkehrs führen«. Das Gericht verurteilte einige Landwirte (u. a. Wladimir Nemzow, Iwan Smykow, Sergej Owtschinnikow) zu einer Geldstrafe von je 10.000 Rubel. Aktivere Landwirte wurden zur Arreststrafen von je 10 Tagen verurteilt (u. a. Oleg Petrow und Sergej Wladimirow). Sie hatten alle auf »nicht schuldig« plädiert und argumentiert, dass die Organisatoren der Traktor-Aktion die Verwaltung der jeweiligen Regionen, die auf der Route des Traktorenmarsches lagen, im Voraus informiert hatten. Deshalb konnten die Landwirte nicht verstehen, warum sie nun verurteilt wer-

den. Darüber hinaus berichteten einige Teilnehmer der Aktion, die zum Glück zu keinen Strafen verurteilt worden waren, dass sie einige Tage nach dem Traktorenmarsch zuhause Besuch von der Polizei bekamen, die versucht habe, sie einzuschüchtern und ihnen und ihren Familienangehörigen zu drohen.

Besonders ungerecht scheint der verletzte Rustam Mallamagamedow von der Polizei behandelt worden zu sein. Er ging trotz seiner Verletzung am gleichen Tag freiwillig zur Polizei im Landkreis Aksaj, um sich über das Schicksal seiner 14 festgenommenen Kollegen zu erkundigen, wurde jedoch sofort selbst festgenommen. Nach Angaben seines Anwalts gegenüber der Zeitung »Kommersant« wurde der Mann trotz seines schlechten Gesundheitszustandes einen ganzen Tag bei der Polizei festgehalten und erst um fünf Uhr abends vor Gericht gestellt. Dabei verschlechterte sich sein Zustand dermaßen, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste.

Reaktionen der Politiker auf den Traktorenmarsch der Landwirte

Diese Protestaktion der Bauern vom Kuban wurde von den russischen Politikern kaum beachtet. Einige wenige politisch aktive Leute äußerten sich gegenüber der Presse zu den Ereignissen. Von den Politikern äußerte sich zu der Protestaktion als erster Konstantin Babkin, der Chef des Verbandes der Agrarmaschinenhersteller »Rosagromasch«, der auch Vorsitzender der Partei »Partija dela« (»Partei der Tat«) ist. Am 24. August 2016 teilte er im Interview der russischen Zeitung »Nakanune« mit, dass die Protestaktion die »Landfrage« erneut auf die Tagesordnung in Russland gestellt hat. Die Lage sei ernst und Ähnliches geschehe in ganz Russland. Die Frage der Besitzanteile an Land und landwirtschaftlichen Betrieben sei jetzt offen. Manipulationen mit Land seien eine bekannte und gängige Praxis, die schädlich für Gesellschaft und Wirtschaft sei. Seit vielen Jahren wird die »Vergrößerung« landwirtschaftlicher Betriebe vom Staat unterstützt. Die großen Agrarkonzerne können leichter Kredite und Zuschüsse erhalten und haben Vorteile gegenüber den Kleinbauern. »In diesem Fall gilt meine Sympathie den Kleinbauern der Region Krasnodar. Es ist notwendig, sich mit den Problemen zu befassen, auf die sie aufmerksam machen wollen«, erklärte Babkin.

Die russische Regierung reagierte auf den Traktorenmarsch der Landwirte am 7. September 2016. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, teilte mit, dass Präsident Wladimir Putin auf eine offizielle schriftliche Beschwerde von der Gruppe von Bauern warte, um dem Sachverhalt nachzugehen. Daraufhin reichte Alexej Woltschenko, der Anführer der Protest-

aktion, das entsprechende Dokument in der Verwaltung des Präsidenten persönlich ein. Allerdings sagte Dmitrij Peskow, dass Putin sich »regelmäßig mit Vertretern der Landwirtschaft trifft und sich aktiv und konsequent an dem Dialog mit den Bauern-Vereinigungen beteiligt«.

Am 23. September 2016 fand in Moskau dann im Auftrag des Präsidenten ein Treffen zwischen der stellvertretenden Landwirtschaftsministerin Viktoria Abramtschenko und den protestierenden Landwirten aus der Region Krasnodar statt. Unter den diskutierten Themen waren Verletzungen des Rechts auf den Schutz von Grundbesitz, die Umsetzung der Vorschriften der Bodengesetzgebung, staatliche Förderung für kleine Unternehmen und nachhaltige Entwicklung der ländlichen Gebiete.

Landwirtschaftsminister Alexander Tkatschow äußerte sich zu den Protesten am 2. Oktober bei der Sitzung der Duma-Fraktion der Partei »Einiges Russland« in Anosino (Moskauer Gebiet), wie die Nachrichten-Agentur »Interfax« berichtete. Er teilte mit, dass er selbst persönlich und eigenhändig die Unterlagen der betroffenen Fälle über die Landenteignungen in der Region Krasnodar überprüft und dabei festgestellt habe, dass alle Beschwerden der protestierenden Landwirte unbegründet seien. Nach seinen Angaben seien alle Übertragungen der Grundstücke von Landwirten an die Agrarholdings im Einklang mit der Gesetzgebung durchgeführt worden. Darüber hinaus vermute er einen Zusammenhang zwischen der Protestwelle und der zeitlichen Nähe zu den Dumawahlen (am 18. September 2016).

Es gab Spekulationen (etwa auf dem Portal »Polit.ru« am 12. September 2016), dass Landwirtschaftsminister Tkatschow bald entlassen und stattdessen zum Berater des Präsidenten in Agrarangelegenheiten berufen werden könnte. Grund dafür sei seine Unfähigkeit, den Traktorenmarsch-Konflikt zu lösen, wodurch die Popularität der Partei »Einiges Russland« erheblich gesunken sei. Allerdings hat Tkatschow seinen Posten als Landwirtschaftsminister bis heute behalten. Interessant ist der Umstand, dass er früher Gouverneur der Region Krasnodar war und in der Region über Immobilien verfügt (<http://www.stringer-news.ru/Publication.mhtml?PubID=4793&Menu=&Part=37>).

Insgesamt brachte dieser Traktorenmarsch vom August 2016 nicht die erhofften Ergebnisse zur Lösung der bestehenden Probleme. Jedoch meinte Alexej Woltschenko, der Anführer der Traktorenmarsch-Bewegung, dass man über die Resonanz in der Presse zufrieden sein könne. Denn obwohl das geplante oder erhoffte Treffen mit dem Präsidenten nicht stattgefunden hat, wurde dennoch über den Traktormarsch in den Medien berichtet.

Fortsetzung der Protestwelle im Jahr 2017

Am 13. März 2017 fand eine Pressekonferenz der Bewegung »Höfliche Landwirte« in Moskau statt. Alexej Woltschenko, Bauer, Vorsitzender dieser Bewegung und einer der Organisatoren des Traktorenmarschs, berichtete über die existierenden Probleme. Alle waren sich zum Schluss einig: Es gibt eine Menge Schwierigkeiten, und die Landwirte müssen zusammenhalten. Darüber hinaus kündigte er an, dass ein zweiter Traktorenmarsch am 28. März 2017 stattfinden werde. Der Veranstalter fügte hinzu, dass er diesmal zusätzliche Anstrengungen in die Anmeldung der Veranstaltung investieren will, um bei den Behörden eine Erlaubnis für diese Demonstration zu erhalten. »Falls die Behörden in der Region Krasnodar uns den Traktorenmarsch verbieten sollten, werden die Traktoren auf LKWs geladen und so offiziell als Fracht nach Moskau transportiert.« Er fügte hinzu, dass alle Details bezüglich der Route, der Teilnehmer und anderer Unterstützung am 23./24. März auf einem Treffen der Landwirte in Moskau besprochen werden sollen. Es werden dort Landwirte aus ganz Russland erwartet. Das Ziel des zweiten Traktorenmarsches sei ein Treffen mit Präsident Wladimir Putin. Er beklagte, dass das geplante Treffen mit diesem bisher nicht stattgefunden hat. Die Beschwerden der Landwirte richteten sich weiterhin gegen die Willkür der regionalen und lokalen Beamten und die Korruption.

Berichten des Portals »Kawkasskij Usel« zufolge wurde Woltschenko allerdings am 24. März 2017 von der Polizei festgenommen. Der offizielle Vorwurf lautet: »Verletzung der Unterhaltungspflicht durch Nichtzahlung des Kindesunterhalts«. Angeblich hatte seine Ex-Frau eine Beschwerde bei der Polizei eingereicht, dass er seiner Unterhaltungspflicht gegenüber seinem Kind nicht nachkommt. Daraufhin wurde gegen ihn eine Arreststrafe von 12 Tagen verhängt. Gegenüber der Zeitung »Kawkasskij Usel« gab Woltschenko an, dass er noch nie seine Unterhaltungspflicht verletzt und immer pünktlich gezahlt habe. Seine Mutter habe alle Quittungen, die belegten, dass er das Geld immer gezahlt habe.

Fazit

Der geschilderte Fall illustriert ein Grundproblem des politischen Systems in Russland. Angesichts eines von Administration und Interessengruppen beeinflussten Justizsystems haben »kleine Leute« wenig Möglichkeiten,

sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren. Landwirte, denen Unrecht in Form von feindlichen Landübernahmen und Korruption seitens der Behörden widerfahren ist, haben sich jedoch in eine Bewegung »Höfliche Landwirte« zusammengetan. Die Betonung liegt auf dem Wort »höflich«. Damit ist wohl gemeint, dass die Landwirte das Leid lange stillschweigend ertragen mussten und sich höflich und unauffällig verhalten haben. Jetzt soll wohl damit Schluss sein. Der Vorsitzende der Bewegung Alexej Woltschenko, dessen Handy übrigens von den Behörden abgehört wird (laut einer Reportage der ARD vom 7. August 2016 <<http://www.ardmediathek.de/tv/Weltspiegel/Russland-Der-Bauernkrieg/Das-Erste/Video?bcastId=329478&documentId=37001674>>), organisierte zusammen mit anderen leidtragenden Kollegen zuerst eine Veranstaltung, bei der ein symbolischer Heißluftballon Präsident Putin geschickt werden sollte, und anschließend einen Traktorenmarsch Richtung Moskau. Beide Versuche wurden von den russischen Behörden im Keim erstickt und gewaltsam beendet. Die Landwirte vom Kuban haben einfach versucht, die Regierung auf ihre Probleme aufmerksam zu machen und friedlich eine Lösung für diese Situation zu finden. Allerdings sieht es so aus, dass sich wirklich niemand für ihre Probleme interessiert. Polizei und Justiz setzen physische Gewalt, Geld- und Freiheitsstrafen sowie psychischen Druck in Form von mündlichen Drohungen und Hausbesuchen ein, um Unzufriedenen die Lust an solchen Aktionen zu nehmen und sie einzuschüchtern. Allerdings scheint die Unzufriedenheit so groß zu sein, dass sogar dieses Vorgehen von Polizei und Justiz nicht funktioniert. Die Menschen versuchen weiter für ihr Recht zu kämpfen und wollen nun einen zweiten Traktorenmarsch organisieren, der Ende März stattfinden soll. Die Politiker haben bisher sehr spärlich und abweisend reagiert. Selbst der Agrarminister, der eigentlich der richtige Ansprechpartner für diese Situation sein sollte, behauptet, alle Vorwürfe der Landwirte seien unbegründet. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob der zweite Traktorenmarsch überhaupt wie geplant im März stattfinden wird oder ob er wegen der Haftstrafe von Woltschenko doch noch verschoben wird.* Vielleicht wird es beim nächsten Mal trotz aller Hindernisse den Landwirten besser gelingen, die nötige Aufmerksamkeit der Regierung zu bekommen.

*Siehe hierzu den entsprechenden Eintrag in der Chronik zum 28. März 2017 auf S. 30 dieser Ausgabe.

Über den Autor

Hans Schmidt ist ein Pseudonym. Der wirkliche Name ist der Redaktion bekannt. Es handelt sich um einen Sozialwissenschaftler, der sich mit dem postsowjetischen Raum befasst.

Aktionen öffentlichen Protests in den Jahren 2015–2017

15.1.2015	Auf dem Moskauer Manegen-Platz werden ca. 10 Personen bei einem Protest gegen die Verurteilung der Nawalnyj-Brüder festgenommen. Etwa 500 »Anti-Majdan« Aktivisten versammeln sich zeitgleich auf dem Platz. Die Gründung der »Anti-Majdan« Bewegung wurde zuvor von Dmitrij Sablin, Mitglied des Föderationsrats und Co-Vorsitzender der »kämpferischen Bruderschaft«, bekannt gegeben. Man wolle einen Majdan in Russland verhindern und dort zusammenkommen, wo sich Oppositionsaktivisten treffen.
19.1.2015	Im Moskauer Stadtzentrum nehmen ca. 500 Personen an einer Demonstration zum Gedenken an Stanislaw Markelow und Anastasija Baburowa teil. Der Anwalt und die Journalistin der »Nowaja Gaset« wurden vor sechs Jahren im Moskauer Stadtzentrum von Rechtsextremen erschossen. Am Rande der Demonstration kommt es zu Auseinandersetzungen mit orthodoxen und rechtsradikalen Aktivisten.
1.2.2015	In der sibirischen Universitätsstadt Tomsk demonstrieren ca. 800 Personen gegen die bevorstehende Schließung des lokalen Fernsehsenders »TV-2«.
1.3.2015	In Nowosibirsk demonstrieren ca. tausend Personen »zum Schutz der geistig-moralischen Werte« vor dem städtischen Theater gegen eine Aufführung von Richard Wagners »Tannhäuser«. Der Regisseur wurde unter dessen wegen der »Schändung religiöser Gegenstände« angeklagt.
16.3.2016	Die Gewerkschaft des Ford-Werkes in Wsewoloshsk kündigt einen unbegrenzten Streik an. Forderungen betreffen Kompensationszahlungen im Falle von Entlassung, Lohnerhöhung sowie Ausgleich für Arbeitszeitausfall.
22.3.2015	In Sankt Petersburg findet das Internationale Konservative Forum statt, zu welchem die Partei Rodina (»Heimat«) führende Köpfe ultrarechter europäischer Parteien und Bewegungen eingeladen hat. Zwischenzeitlich muss die Tagung aufgrund von anonymen Bombendrohungen unterbrochen werden. Die Veranstaltung wird von Protesten von Mitgliedern der Antifa vor dem Veranstaltungsort begleitet. Einige der Protestierer werden festgenommen.
23.3.2015	In Kaluga nehmen Mitarbeiter des Zentrums »E«, die staatliche Stelle für Extremismusbekämpfung, 15 Mitglieder des regionalen Zweigs der Gewerkschaft MPRA vorübergehend fest. Die Gewerkschafter hatten gegen bevorstehende Entlassungen bei den Automobilherstellern Peugeot, Citroen und Volkswagen protestiert.
4.4.2015	Am Kosmodrom »Wostotschnyj« (im Bau befindlicher Weltraumbahnhof in der Amur-Region) treten Bauarbeiter in den Hungerstreik, da die Lohnzahlungen ausbleiben. Der Bau von »Wostotschnyj« soll die Abhängigkeit von Kasachstan verringern. Bisher ist das kasachische Bajkonur der einzige Weltraumbahnhof. Das Bauprojekt wurde von der Regierung in Auftrag gegeben und wird von verschiedenen privaten Subunternehmen ausgeführt.
5.4.2015	Einige Tausend Menschen demonstrieren an einem zentralen Platz in Nowosibirsk für den Schutz der künstlerischen Freiheit. Grund ist die Entlassung des Direktors der Staatlichen Oper von Nowosibirsk. Er hatte sich in einer Tannhäuser-Inszenierung christlicher Symbolik bedient und damit Gläubige gegen sich aufgebracht. Die Demonstranten verabschieden eine Petition, die auf der Seite change.org bis zum 18.4. von 15.000 Personen unterzeichnet wird.
15.4.2015	Die russische Opposition sagt einen für den 19. April geplanten »Marsch für den Frieden und die Freiheit« im Zentrum von Moskau ab. Ihnen wurde die Organisation einer Veranstaltung im Zentrum verwehrt und stattdessen im Außenbezirk Schukino vorgeschlagen. Statt des Protestzugs planen die Veranstalter nun im Zentrum individuelle Mahnwachen (sog. »Pikety«) abzuhalten, für die keine gesonderte Genehmigung erforderlich ist.
18.4.2015	In Perm demonstrieren Mehrere hundert Personen gegen den Gouverneur der Region, Viktor Basargin, und fordern seine Absetzung. Sie werfen ihm und seinem Apparat Korruption vor.
19.4.2015	Bei Mahnwachen, die das »Komitee für Protestaktivitäten« anstelle des abgesagten »Marsches des Zorns und der Würde« organisiert, werden im Zentrum von Moskau sechs Personen festgenommen. Die Aktion endet auf der großen Moskwa-Brücke mit der Niederlegung von Blumen am Gedenkort der Ermordung von Boris Nemzow.
1.5.2015	In Nowosibirsk findet ein nicht genehmigter Demonstrationszug von Jugendlichen statt. Das Motto des jährlichen karnevalsähnlichen Umzugs lautet 2015: »Genug der Demütigung«. Die ca. 2000 Teilnehmer werden von der Polizei daran gehindert, sich dem städtischen 1. Mai-Umzug anzuschließen. Der Organisator wird festgenommen und wenige Tage später zu 10 Tagen Arrest und einer Geldstrafe verurteilt.
6.5.2015	In der Moskauer Innenstadt finden mehrere nicht genehmigte Kundgebungen zum Jahrestag der Proteste auf dem Bolotnaja-Platz im Mai 2012 statt, bei denen die Freilassung der »politischen Häftlinge« des »Bolotnaja-Verfahrens« gefordert wird. 46 Personen werden festgenommen.

30.5.2015	In der Hauptstadt der Republik Burjatien, Ulan-Ude, demonstrieren ca. 700 Menschen für eine Absetzung des Gouverneurs Wjatscheslaw Nagowizyn. Ihm wird Korruption vorgeworfen. Die Mehrzahl der Demonstranten sind Studierende der Staatlichen Universität Burjatiens. Eine weitere Forderung ist die transparente Wahl des Rektors der Universität, der von Nagowizyn ernannt wurde und äußerst unbeliebt ist.
6.6.2015	Auf dem Moskauer Suworow Platz demonstrieren etwa 2.000 Menschen für Wissenschaft und Bildung. Anlass ist der kürzlich erfolgte Eintrag der Stiftung »Dinastija« in das Register »ausländischer Agenten«.
13.6.2015	Unbekannte dringen in das Gebäude des ukrainischen Generalkonsulats in Rostow am Don ein und laden dort Müll ab. Ermittler nehmen die Spurensuche auf. Am Morgen darauf findet eine Demonstration von ca. 50 Personen unter dem Motto »Russland nicht diskreditieren« statt.
13.6.2015	Nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten in Baschkortostan kommt es in einem Straflager in Baschkortostan zum wiederholten Mal zu Protesten. 800 der 1.200 Gefangenen des Lagers treten in den Hungerstreik. Grund für die Aktionen sind die untragbaren Haftbedingungen. Auch in anderen Straflagern in der Region gab es in der letzten Zeit Proteste.
7.7.2015	Im Swerdlowsker Gebiet kommt es in einem Gefangenenlager wiederholt zu Hungerstreiks an denen über 400 Häftlingen teilnehmen. Dies geschieht in Reaktion auf den Tod eines Mithäftlings, der sich trotz schlechtem Gesundheitszustand in Isolationshaft befunden haben soll. Die Häftlinge fordern, dass die Verantwortlichen für den Tod des Häftlings bestraft werden.
27.7.2015	Nachdem die Wahlkommission in Nowosibirsk der oppositionellen demokratischen Koalition um PARNAS die Registrierung für eine Teilnahme an den Wahlen verweigert hat, kündigen Anhänger von Alexej Nawalnyj einen Hungerstreik an und weigern sich, das Gebäude der Wahlkommission zu verlassen. Nach einem Polizeieinsatz wird ein Strafverfahren gegen die Aktivisten eingeleitet.
29.8.2015	In Tschita findet eine Demonstration gegen die Übertragung von 115.000 Hektar Land in der Region Transbaikalien an das chinesische Unternehmen »Chuae Sinban« statt. Die Demonstranten misstrauen den Ankündigungen der Regionalregierung, dass in dem Unternehmen maximal 25 % der Beschäftigten Chinesen sein werden. Im Juni wurde bekannt, dass die Pachtdauer 49 Jahre betrage und ein Teil des verpachteten Landes im ehemaligen Autonomen Bezirk der Aginer-Burjaten liegt.
20.9.2015	An der von der Opposition angemeldeten Demonstration »Für einen Machtwechsel« im Moskauer Stadtteil Marino nehmen ca. 7.000 Menschen teil. Die Veranstalter, unter ihnen der Vertreter der »Demokratischen Koalition« Alexej Nawalnyj, hatten mit 40.000 Teilnehmer gerechnet. Die Veranstaltung verläuft ohne Zwischenfälle.
8.10.2015	Lehrbeauftragte des Instituts für Psychologie an der Moskauer RGGU (Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität) treten wegen ausbleibender Honorarzahlungen in einen unbefristeten Streik. Davon ist ein Viertel der Lehrkräfte betroffen. Grund sei die verordnete Gehaltserhöhung für fest angestellte Mitarbeiter, weshalb die Universität derzeit keine Mittel mehr habe um die auf Honorarbasis arbeitenden Kräfte zu bezahlen.
17.10.2015	In Moskau findet auf dem Suworow-Platz eine Demonstration gegen die russische Militärintervention in Syrien mit ca. 150 Teilnehmern statt. Aufgerufen zum Protest haben die Bewegungen »Solidarnost« sowie die »Partei des 5. Dezember«. Das Thema der Demo lautet: »Syrien – das zweite Afghanistan?«.
4.11.2015	Im Zentrum Moskaus versammeln sich anlässlich des Tages der Nationalen Einheit 85.000 Menschen. Das Motto der Demonstration und des anschließenden Konzerts ist »Wir sind vereint!«. Die Versammlung beginnt mit einer Schweigeminute im Gedenken an die Opfer des Flugzeugabsturzes in Ägypten. Etwa 500 Nationalisten nehmen an einem sogenannten »Russischen Marsch« im Moskauer Stadtteil Ljublino teil.
11.–19.11.2015	Landesweite Proteste der LKW-Fahrer. Zahlreiche Autobahnen und Verkehrsknotenpunkte werden blockiert. Das ist eine Reaktion auf die Einführung einer Maut für LKW über 12 Tonnen.
4.12.2015	Der Protest der russischen Fernfahrer gegen das Mautsystem »Platon« erreicht die Hauptstadt. Die LKWs blockieren den Moskauer Autobahnring.
12.12.2015	In Moskau organisiert die Opposition am »Tag der Verfassung« auf dem Puschkin-Platz eine Demonstration in Form von nichtgenehmigungspflichtigen Einzel-Mahnwachen. Sicherheitskräfte nehmen mehr als 30 Personen fest, darunter auch den Jabloko-Vorsitzenden, Sergej Mitrochin.
14.12.2015	Russische Fernfahrer und Vertreter der KPRF protestieren gemeinsam vor dem Gebäude der Präsidentialadministration in Moskau gegen das neu eingeführte Mautsystem »Platon«. An der Demonstration nehmen sowohl Duma-Abgeordnete als auch Vertreter der Gewerkschaft der Fernfahrer teil.

15.–16.01.2016	Aufgrund der Streichung einer Reihe von Vergünstigungen für Rentner zu Beginn des Jahres, insbesondere für öffentliche Verkehrsmittel, ziehen Hunderte ältere Menschen in der südrussischen Stadt Sotschi auf die Hauptstraße und protestieren. Ähnliche Proteste finden in der Stadt Krasnodar statt, wo demonstrierende Rentner zur Regionalverwaltung ziehen und dort Beamte zur Rede stellen. In Krasnodar werden die Vergünstigungen einen Tag später wieder eingeführt.
8.3.2016	In Moskau werden 39 Personen festgenommen, die für die Freilassung der ukrainischen Pilotin Nadeschda Sawtschenko demonstrieren.
11.3.2016	In Moskau beginnen Arbeiter des großen Moskauer Bauunternehmens »Ingekom« einen Streik, weil ihre Gehälter in den vergangenen Monaten nicht ausgezahlt wurden. Die Streikenden sind vorwiegend Arbeitsmigranten, die im Metro-Bau beschäftigt sind.
26.3.2016	In Uljanowsk demonstrieren rund 120 Arbeiter eines Autowerks für höhere Gehälter und die Einhaltung des Arbeitsrechts.
27.3.2016	Rund 500 Personen protestieren im Südwesten Moskaus gegen eine geplante Bebauung in ihrem Viertel. Die Demonstranten fordern auch den Rücktritt des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin.
3.4.2016	Rund 200 Fernfahrer demonstrieren in Moskau gegen das Mautsystem »Platon« unter dem Motto »Wir fordern Veränderung«.
10.4.2016	Während eines LGTB-Flashmobs in Moskau werden drei Teilnehmer festgenommen. Die Aktion fand traditionell unter dem Motto »Tag des Schweigens« statt, um gegen das gesetzliche Verbot der »Propaganda von Homosexualität« zu demonstrieren, das der LGTB-Community verbietet, ihre Rechte öffentlich zu vertreten.
10.4.2016	In zwei Bezirken im Südwesten Moskaus protestieren mehrere Hundert Einwohner gegen Bauprojekte in ihrer Nachbarschaft.
1.5.2016	In Moskau nehmen rund 100.000 Menschen an dem Gewerkschafts-Demonstrationszug auf dem Roten Platz teil. Die Gewerkschaften fordern die Erhöhung der Löhne und den Nichtanstieg des Renteneintrittsalters.
9.8.2016	In Moskau protestieren laut Angaben der Organisatoren drei- bis viertausend Personen gegen die umstrittenen Anti-Terrorismusgesetze, die im Juli verabschiedet worden sind. Zum Protest hatte die »Partei des Fortschritts« von Alexej Nawalnyj aufgerufen.
21.8.2016	Landwirte aus der Region Krasnodar organisieren einen »Traktorenmarsch« von Woronesh in Richtung Moskau. Ziel der Aktion ist es, gegen von der Verwaltung geduldeten Landraub und Korruption zu protestieren und ein Treffen mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew zu erwirken, um über die Missstände zu sprechen.
23.8.2016	Im Gebiet Rostow treten ca. 100 Bergleute des Unternehmens »Kingkoul« in den Hungerstreik, da sie seit 1,5 Jahren keinen Lohn bekommen haben.
1.9.2016	Während einer Gedenkfeier an die Geiselnahme in Beslan demonstrieren fünf Frauen, die Angehörige verloren haben, gegen die Regierung. Die Sicherheitskräfte drängen die Demonstranten ab. Zwei Journalisten werden festgenommen.
25.9.2016	In Moskau wird eine Ausstellung des US-Fotographen Jock Sturges geschlossen, nachdem es zu gewalttätigen Protesten gekommen war. Mitglieder der NGO »Die Offiziere Russlands« blockierten den Eingang der Galerie und bezeichneten die Bilder als Kinderpornografie. Zuvor hatten die Senatorin Jelena Misulina und die Ombudsfrau für Kinderrechte, Anna Kusnezowa, die Generalstaatsanwaltschaft Russlands gebeten, die Ausstellung auf Kinderpornografie zu überprüfen.
4.10.2016	Über 200 Hafenarbeiter des Wladiwostoker Seehandelshafens protestieren gegen Stellenkürzungen und fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter.
11.10.2016	In Lutschegorsk (Bezirk Primorje) treten 40 Arbeiter des Steinkohletagebaus Lutschegorsk wegen niedriger Gehälter und Stellenkürzungen in den Hungerstreik.
14.10.2016	In Chassawjurt (Republik Dagestan) findet ein Protestmarsch statt, bei dem rund fünfzig Personen die Rückgabe ihrer verschwundenen Söhne fordern, für deren Entführung sie die örtlichen Sicherheitskräfte verantwortlich machen.
29.10.16	Rund 200 Menschen nehmen in Moskau an einer Protestaktion von Veteranen und pensionierten Armeeangehörigen teil und fordern die Sicherstellung von Wohnraum für ehemalige Armeeangehörigen.
5.11.2016	Mitglieder der oppositionellen nichtregistrierten Partei »Anderes Russland« protestieren vor dem ukrainischen Konsulat in St. Petersburg gegen die Politik der ukrainischen Regierung in der Ostukraine. Sie werfen Rauchbomben und Tierknochen auf das Gelände. Es kommt zu einer Verhaftung.

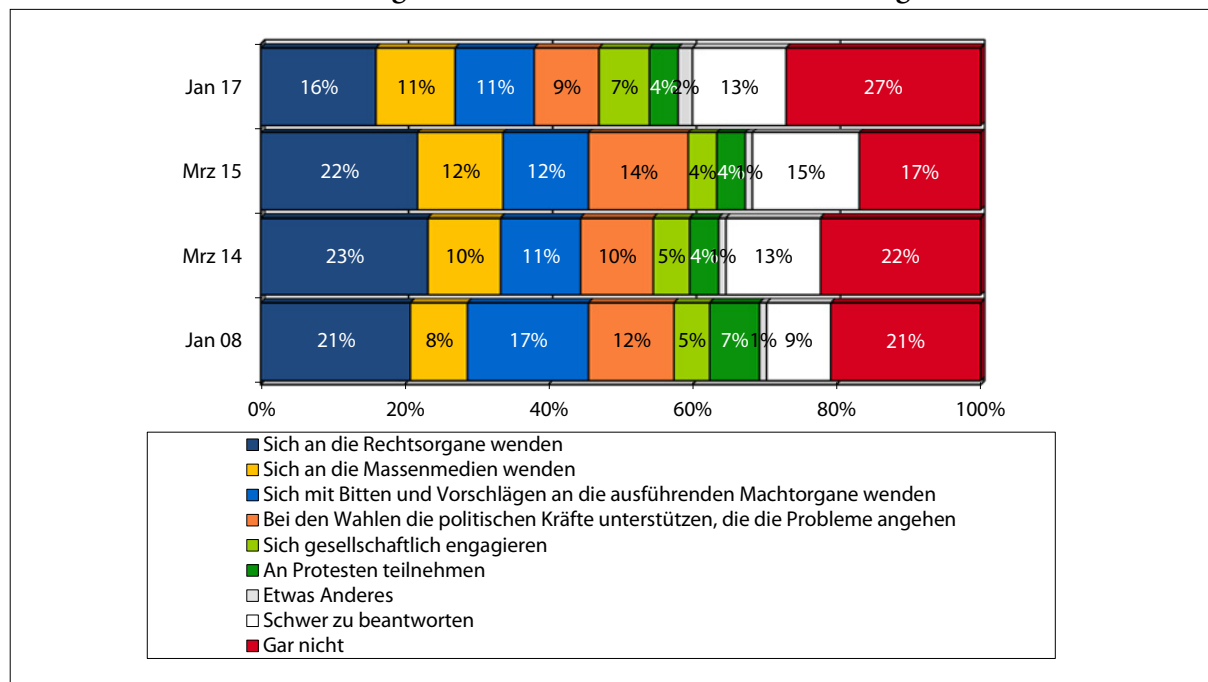
11.11.2016	In mehreren Städten Russlands protestieren Fernfahrer gegen das Mautsystem »Platon«. In Chimki im Moskauer Umland werden mehr als zehn Teilnehmer und ein Mitarbeiter des Fernsehsenders Doshd sowie ein Korrespondent der Nowaja Gaseta wegen Verstößen gegen das Versammlungsrecht festgenommen.
24.12.2016	In Nowosibirsk protestieren ca. 300 Personen gegen die angekündigten Tarifierhöhungen bei kommunalen Gebühren.
5.1.2017	In St. Petersburg blockieren ca. zehn Fernfahrer aus Protest gegen die gebührenpflichtige Durchfahrt auf der Westlichen Schnellstraße (ZSD) für rund eine Stunde die Einfahrt auf die Straße. Eine Person wird infolge der Aktion festgenommen.
13.1.2017	Hunderte Personen demonstrieren in St. Petersburg gegen die geplante Rückgabe der Isaaks-Kathedrale an die Russisch-Orthodoxe Kirche. Unter den Gegnern befindet sich der Russische Museumsverband und die Oppositionsparteien Jabloko, Gerechtes Russland, PARNAS, Offenes Russland sowie die Partei des Wachstums.
14.1.2017	Im Zentrum Moskaus findet eine unangemeldete Demonstration statt, in deren Verlauf mehr als 40 Personen festgenommen werden. Die rund 50 Teilnehmer forderten die Genehmigung eines Antikrisen-Protests und die Unterstützung des inhaftierten Oppositionellen Ildar Dadin. Zu dem Protest hatte die Organisation »Neue Opposition« aufgerufen.
9.2.2017	In Moskau treten 38 Personen, die Kredite in fremder Währung begleichen müssen, in den Hungerstreik. Sie hatten zuvor die Nacht im Haus der russischen Regierung verbracht und verlangten eine Lösung für das Problem mit den Fremdwährungs-Hypotheken. Der Rubel war Ende 2014 gegenüber Euro und US-Dollar fast auf die Hälfte seines Wertes eingebrochen.
9.2.2017	Aktivisten der Organisation »Sozialistische Alternative« protestieren in Moskau vor dem Büro von »Mosmetrostroy« wegen der Nichtauszahlung von Gehältern. Die Solidaritätsaktion mit den Arbeitern erfolgte als Reaktion auf deren erfolglosen Bemühungen, ihre Gehälter bei den Unternehmen »SMU-77« und »Gorizont« einzufordern.
12.2.2017	Im Moskauer Park Sokolniki protestieren rund 100 Personen gegen eine Entkriminalisierung von Gewalt in der Familie durch die Novellierung des entsprechenden Gesetzes, das nun häusliche Gewalt im erstmaligen Fall als Ordnungswidrigkeit anstatt einer Straftat einstuft. Die Veranstaltung wurde von Studierenden der Juristischen Fakultät initiiert.
12.2.2017	In St. Petersburg protestieren über tausend Menschen gegen die Rückgabe der Isaakskathedrale an die Russische Orthodoxe Kirche. Zuvor hatten sich über tausend Gläubige zu einer Prozession vor der Kathedrale versammelt, um die Übergabe an die Russische Orthodoxe Kirche zu unterstützen.
25.2.2017	Mehr als 500 Personen demonstrieren in Nowosibirsk gegen die Tarifierhöhungen für kommunale Dienstleistungen.
8.3.2017	In Russland wird der Internationale Frauentag begangen. Zu diesem Anlass verabschiedet Ministerpräsident Dmitrij Medwedew eine nationale Strategie im Interesse der Frauen, mit der die Gleichstellung als Priorität der Regierungspolitik erklärt wird. Auf dem Roten Platz werden indes im Laufe einer feministischen Protestaktion gegen das Patriarchat vier Aktivistinnen und zwei Journalisten festgenommen.
11.3.2017	In Toljatti protestieren rund 700 Personen gegen Kürzungen von Vergünstigungen für Veteranen und weitere Sozialkürzungen. Die Demonstrierenden fordern zudem den Rücktritt des Gouverneurs der Region und die Nichtverlängerung der Amtszeit des Leiters der Stadtverwaltung, Sergej Andrejew, die im März ausläuft.

Weitere Hinweise auf öffentliche Protestaktionen in Russland finden Sie in der Chronik dieser Ausgabe.

UMFRAGE

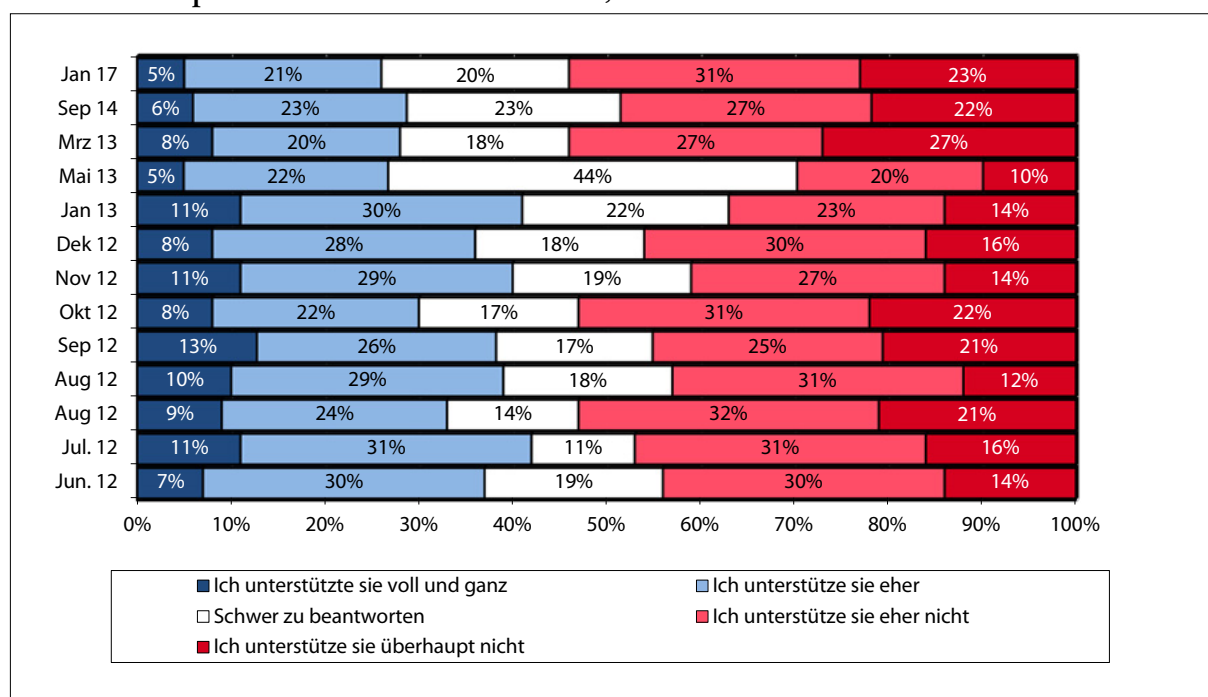
Protest in Russland

Grafik 8: Wie können die Bürger Russland derzeit am ehesten die Lösung ihrer Probleme erreichen?



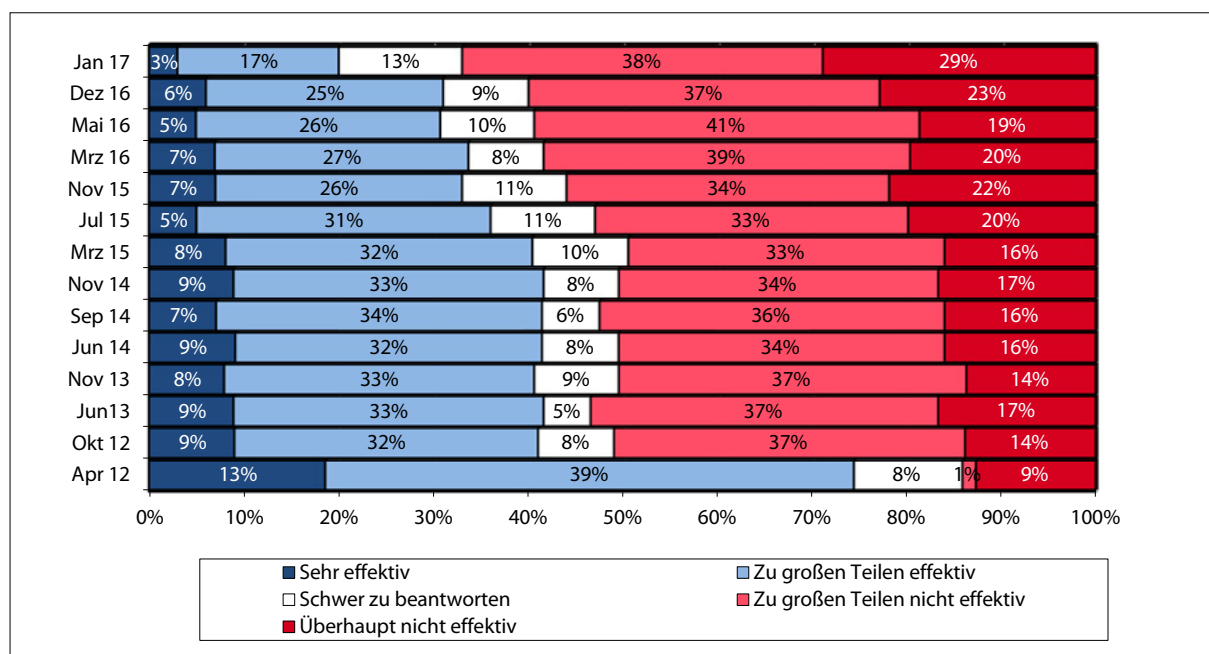
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/02/21/protestnye-aktsii/>>, 22. Februar 2017

Grafik 9: Unterstützen Sie heute (2017) im Allgemeinen die 2011/2012 stattgefundenen Massenproteste »Für friedliche Wahlen«, »Marsch der Millionen« usw.?



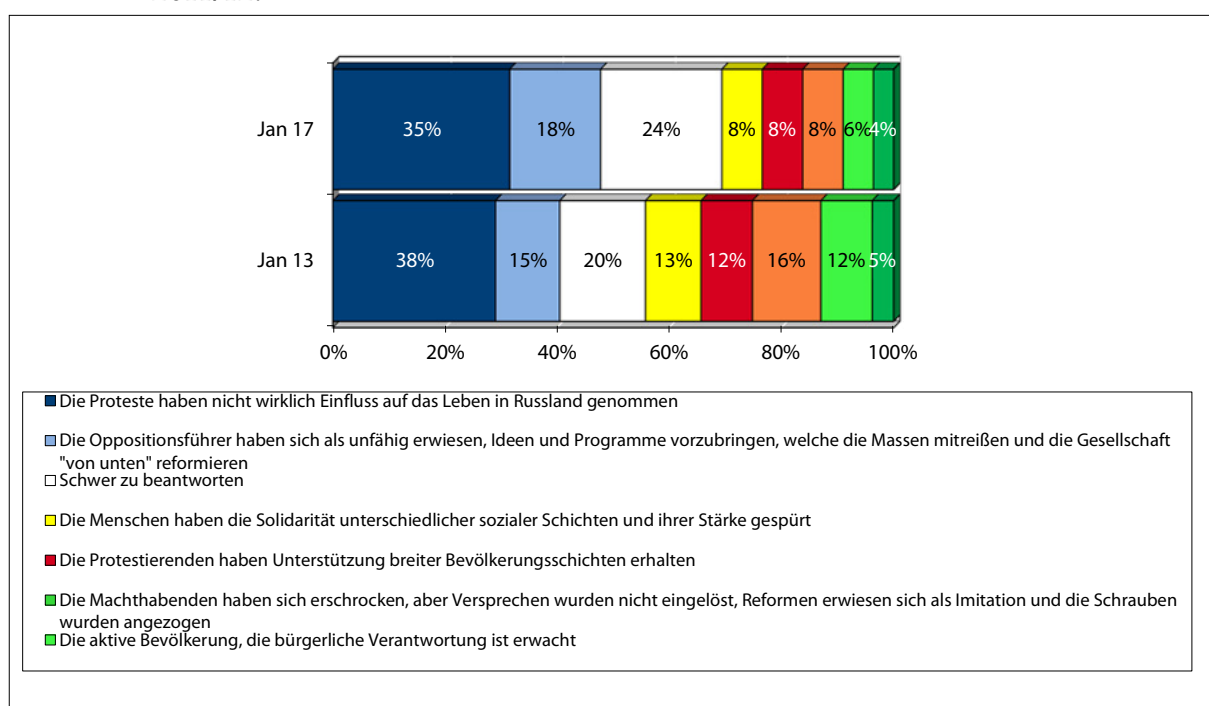
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/02/21/protestnye-aktsii/>>, 22. Februar 2017

Grafik 10: Was denken Sie, wie effektiv kann man auf die Politik der Machthabenden durch Demonstrationen und Protest Einfluss nehmen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/02/21/protestnye-aktsii/>>, 22. Februar 2017

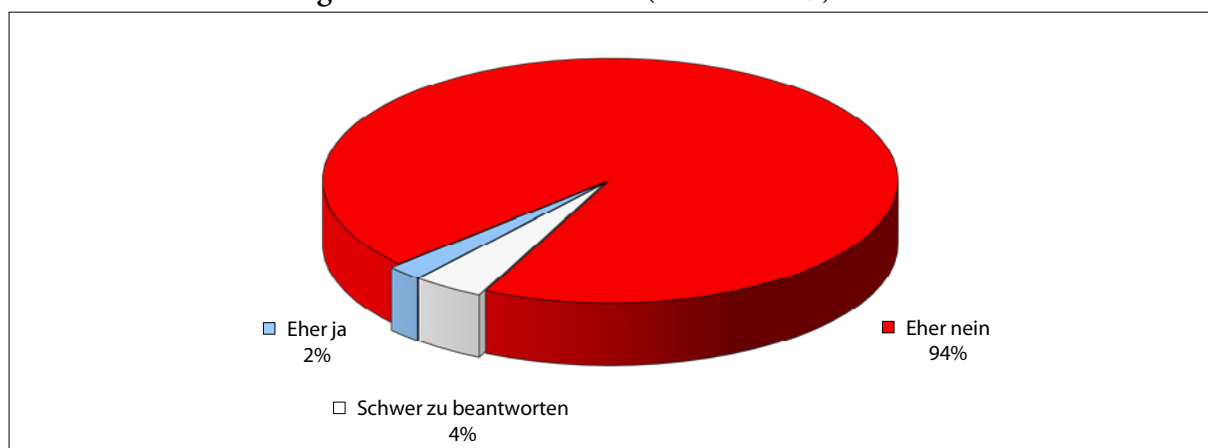
Grafik 11: Was sind Ihrer Meinung nach die wesentlichen Ergebnisse der Massenproteste von 2011/12?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2017, <<http://www.levada.ru/2017/02/21/protestnye-aktsii/>>, 22. Februar 2017

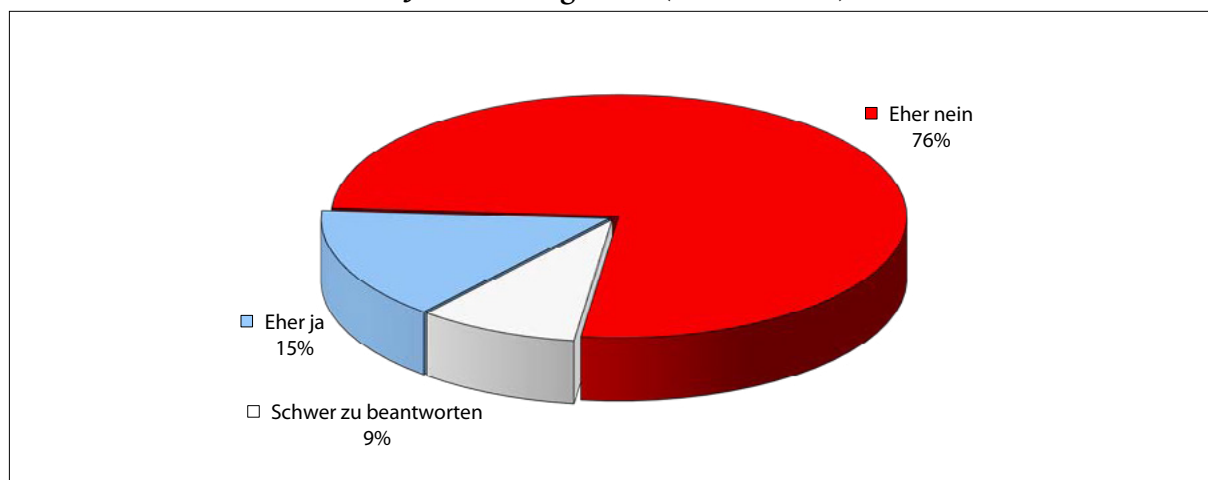
Zum Maidan

Grafik 12: Ein Teil der Bevölkerung Russlands möchte, dass sich der ukrainische Maidan bei uns im Land wiederholt, andere halten das für unzulässig. Wünschen Sie sich eine Wiederholung in Russland oder nicht? (Februar 2015)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 21.–22. Februar 2015, <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115177>>, 12. März 2015

Grafik 13: Halten Sie es für möglich, dass sich in Russland Massenproteste ähnlich dem ukrainischen Maidan im Jahr 2014 ergeben? (Februar 2015)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 21.–22. Februar 2015, <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115177>>, 12. März 2015

Moskau, St. Petersburg, Tatarstan, Sibirien: Neue Protestwelle in Russland

Sergey Medvedev, Berlin

In ganz Russland wurde am 26. März gegen Korruption protestiert. 60.000 Russen nahmen an den Kundgebungen in mehr als 80 Städten teil und folgten somit den Aufrufen des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj, der Anfang März mit einer umfangreichen Untersuchung zu Luxusvillen des Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew Schlagzeilen machte (dazu mehr in den Russland-Analysen 332: Villen, Wahlkampf, doppeltes Recht. Zu Nawalnyjs Kampfansage gegen Medwedew, <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen332.pdf>>). Medwedew selbst hat sich bisher zu den Vorwürfen nicht geäußert. Um die Proteste einzudämmen, versuchten die Behörden, die Demonstrationen aus den Stadtzentren fernzuhalten und schlugen als Alternative Versammlungsorte am Stadtrand vor. Die meisten Antragsteller der Kundgebungen in den Regionen waren mit den Vorschlägen der Städteverwaltungen nicht einverstanden und riefen ihre Anhänger auf, sich auch ohne offizielle Genehmigung auf den zentralen Plätzen der Großstädte zu versammeln. Auf nicht genehmigten Aktionen gingen einige Polizeibeamte mit Pfefferspray und Schlagstöcken gegen Demonstranten vor. Allein in Moskau wurden während des sogenannten »Spaziergangs der Opposition« mehr als 1.000 Menschen festgenommen. Auch Alexej Nawalnyj wurde auf dem Weg zur Protestdemo in Gewahrsam genommen und am Folgetag wegen »Widerstand gegen die rechtmäßige Anordnung eines Angehörigen der Polizei« bei der Festnahme zu 15 Tage Arrest verurteilt. Auch in anderen russischen Städten gab es viele Festnahmen. Nach Angaben des Menschenrechtsportals »Kawwasskij Usel« (<kavkaz-uzel.eu>.) wurden etwa 80 Demonstranten in nordkaukasischem Machatschkala festgenommen. Die Hauptstadt von Dagestan war eine von vielen russischen Städten, wo am 26. März die ersten Oppositionskundgebungen seit mehreren Jahren stattfanden.

Über die Ereignisse in Moskau und den Regionen informierten sich die Menschen vor allem über Messengerdienste, soziale Netzwerke und unabhängige Online-Medien. Im Büro von Nawalnyjs Stiftung für Korruptionsbekämpfung wurde ein Studio zur Live-Berichterstattung über Youtube eingerichtet. Anfangen von Wladiwostok erreichte das Live-Streaming während der Aktion in Moskau 130.000 Zuschauer und bekam somit den zweiten Platz in den globalen Youtube-Trends. Insgesamt wurde die Live-Übertragung von ca. 4 Millionen Menschen angeklickt. Gegen 17 Uhr kam die Polizei ins Stiftungsbüro und bat alle Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze wegen einer angeblichen Bombendrohung zu verlassen. Später wurden alle Mitarbeiter in Gewahrsam genommen und zu 7 bis 15 Tage wegen »Widerstand gegen die Polizei« verurteilt. Das Büro wurde von der Polizei abgesperrt, die Computer und Streaming-Technik beschlagnahmt.

Das Staatliche Fernsehen, kremlnahe Onlinemedien und auch Nachrichtenagenturen, die vor fünf Jahren noch regelmäßig über die Proteste gegen Wahlfälschung berichtet hatten, ignorierten dieses Mal die Antikorrupcionskundgebungen. Nur ein Journalist des staatlichen Fernsehsenders »Rossija 1«, Wladimir Solowjow, erwähnte während einer Talkshow am Sonntag in seinem Schlusswort die Antikorrupcionskundgebungen und warnte dabei die Zuschauer, die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen könne wie in der Ukraine mit Blutbad enden. Weder Dmitrij Medwedew noch Wladimir Putin äußerten sich bis zum 30. März dazu. Der Pressesprecher des Kreml, Dmitrij Peskow, sagte in einem kurzen Statement, dass der Präsident die Forderungen der Demonstranten zur Kenntnis genommen habe. Mäßige Kritik gegenüber dem Kreml wegen des Schweigens der Antikorrupcionsproteste kam drei Tage nach den Ereignissen aus den eigenen Reihen. »Die Macht kann das nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen und weiterhin so tun, als ob nichts passiert sei«, sagte die Vorsitzende des Föderationsrats Walentina Matwijenko am Mittwoch auf einer Sitzung mit den Regionalvertretern. (<<http://www.interfax.ru/russia/555899>>.)

Neben Antikorrupcionskundgebungen laufen derzeit andere Proteste in einigen Regionen Russlands. In Tatarstan wurde gegen die Schließung von regionalen Banken mit der Forderung zur Erstattung von verlorenen Ersparnissen protestiert. In St. Petersburg gehen Menschen seit Wochen aus Protest gegen die Übergabe der Isaakskathedrale, in der sich ein Museum befindet, an die Orthodoxe Kirche auf die Straße. Am Montag gingen in vielen russischen Regionen Proteste der LKW-Fahrer gegen die Einführung von Mautgebühren in die nächste Runde. Im Netz diskutieren Blogger über die Natur der neuen Protestwelle, die Berichterstattung und die Teilnahme einer großen Anzahl junger Menschen an den nicht genehmigten Kundgebungen.

Sie lügen, ohne rot zu werden

Boris Wischnewskij, Mitglied der Petersburger Gesetzgebenden Versammlung (»Jabloko«), St. Petersburg

»Der Sender »Rossija 1« berichtete am 19. März in der Sendung »Westi«, dass »einige Hunderte Petersburger auf das Marsfeld zu einer Kundgebung zur Verteidigung der Stadt gekommen sind«. Soviel über die größte Kundgebung in Petersburg seit anderthalb Jahrzehnten (mehr gab es nur am 1. März 2015; da war aber der Anlass ein ganz anderer – der Mord an Boris Nemzow).

Selbst nach Polizeiangaben waren es am 18. März auf dem Marsfeld 3.500 Demonstranten, in Wirklichkeit mindestens doppelt so viele. Eine enorme Menge engagierter, kluger, aktiver Menschen, die ihre Stadt lieben.

Sie kamen, um ihr Selbstwertgefühl zu verteidigen, das von Bürokraten mit Füßen getreten wurde. Bürokraten, die auf die Meinung der Bürger völlig pfeifen und verächtlich verkündet haben, dass »die Frage der Übergabe der Issaskathedrale an die [Orthodoxe] Kirche gelöst ist« und diejenigen, die dagegen sind, »Provokateure« und »Randerscheinungen« seien.

Sie genehmigen die Errichtung von Hochhäusern in der Nähe des einmaligen Observatoriums Pulkowo. Sie unterstützen die Vernichtung der Öffentlichen Bibliothek [Russische Nationalbibliothek] und der Europäischen Universität.

Sie erteilen Genehmigungen zur Zerstörung von historischen Gebäuden und zur Bebauung von Grünflächen. Empörte Petersburger gingen zur Kundgebung. Es waren so viele, dass das Regime Angst bekam und wie üblich das Kommando ausgaben, entweder die Kundgebung zu verschweigen oder über die Teilnehmerzahl zu lügen.

Der einst in der »nördlichen Hauptstadt« angesehene »Fünfte Kanal« berichtete, als ob es überhaupt keine Kundgebung gab (die in St. Petersburg zweifellos die Nachricht des Tages war). »Der Erste Kanal« hat auch laut geschwiegen. [...]« *Boris Wischnewskij am 21. März 2017 bei »Echo Moskwy«, <http://echo.msk.ru/blog/boris_vis/1948392-echo/>*

Protest gegen »Platon 2.0«

Arsenij Wesenin, Journalist (St. Petersburg)

»In 80 Regionen Russlands beginnen Lkw-Fahrer heute einen Streik. Sie wollen daran erinnern, dass sie für Platon nicht bezahlt haben, nicht zahlen und nicht zahlen werden; dass sie mit dem derzeitigen Regime in Russland nicht zufrieden sind. Der Protest der Lkw-Fahrer ist längst politisch geworden; glauben Sie bitte nicht den Märchen, dass die Jungs mit Putin und Co. zufrieden sind.

Heute sind in Petersburg 50 Lkws stehengeblieben. Demnächst werden weitere 300 erwartet. Die Fahrer wollen zeigen, dass die Probleme der Lkw-Fahrer auch die Probleme des ganzen Landes sind, dass Regale leer bleiben und auf den Baustellen die Arbeit stillsteht. 300 Lkws sind keine große Zahl, die Logistikunternehmen sind aber überzeugt: Es werden schließlich alle stehen bleiben. »Wir können das gut erklären« – sagt einer der Lkw-Fahrer.

Nach gestrigen Aktionen zur Unterstützung Nawalnyjs fühlen sich die Jungs verpflichtet, ihr Bestes zu geben. Heute überlegen sie, wie man sich lauter Gehör verschaffen kann, ohne dabei hinter Gittern zu geraten. Am heutigen Morgen wurde bereits der Gewerkschaftsvorsitzende Andrej Baschutin festgenommen – ihm wurde plötzlich vorgeworfen, dass ihm der Führerschein entzogen wurde. Heute gibt es auch die Gerichtsverhandlung und einen möglichen Arrest von 15 Tagen. [...]« *Arsenij Wesenin am 27. März bei »Echo Moskwy«, <http://echo.msk.ru/blog/vesnin_a/1951860-echo/>*

Die Proteste in Kasan dauern an. Die Polizei nahm den Vorsitzenden der regionalen Parnas-Organisation Tatarstan fest

Partei der Volksfreiheit (Parnas)

»In Kasan hat die Polizei den Leiter der regionalen Abteilung der »Partei der Volksfreiheit« (Parnas), Marsel Schamsutdinow, festgenommen. Er wurde aus der Dienststelle [der Polizei] freigelassen, nachdem ein Protokoll über das Organisieren einer nicht genehmigten Massenveranstaltung erstellt wurde. Schamsutdinow teilte mit, seine Festnahme sei im Zusammenhang mit der nicht angemeldeten Kundgebung der Kunden von Banken in Tatarstan am 4. März erfolgt, denen die Lizenz entzogen worden war. [...]

Marsel Schamsutdinow vermutet, dass die Polizei ihn von der Mahnwache von Kunden der »Tatfondbank« und der »Intechbank«, die am 11. März stattfand, isolieren wollte. Nach seinen Aussagen haben die Veranstalter es nicht geschafft, die Aktion als Kundgebung zu registrieren.

»Die Unternehmen sterben, es gibt keine Mittel zur Auszahlung von Löhnen. Wir hatten keine Zeit für die Anmeldung der Kundgebung. Laut Gesetz braucht man zehn Tage, wir hatten aber nur sieben«, erzählte Schamsutdinow. »Die Veranstaltung wurde als Mahnwache beantragt, es wurden keine technischen Hilfsmittel erlaubt, und mich wollte man isolieren. Die Mahnwache war für Mittag geplant. Um 9:30 Uhr kommen drei Polizisten zu mir an den Stadtrand – ich war aber krankgeschrieben – und sind mit mir ins Krankenhaus gefahren und haben ein Protokoll erstellt, dass ich der Veranstalter einer nicht genehmigten Kundgebung gewesen war und ins Büro des Ministerpräsidenten einbrechen wollte. Es wurde ein Protokoll wegen Verstoß gegen Art. 20.2 Abs. 2 des Ordnungswidrigkeitengesetzbu-

ches [OWiGB; russ.: »KoAP«] erstellt und ich wurde freigelassen. Die Mahnwache fand ohne mich statt. Während der Mahnwache wurde Alexandra Jumanowa, die Anführerin von betroffenen Anlegern bei den juristischen Personen [Banken], festgenommen. Sie wurde nach demselben Paragraphen abgewickelt. Am Montag ist die Gerichtsverhandlung.« [...] Warum protestieren die Anleger?

Am 3. März hat die Zentralbank der »Tatfondbank« und der »Intechbank« wegen Verletzung föderaler Gesetze, die die Tätigkeit von Banken regeln, sowie der Missachtung von Vorschriften der Zentralbank die Lizenz entzogen. Beide Banken hatten eine geringe Stammkapitalausstattung. Am nächsten Tag kamen 300 Bankkunden in einer Eilaktion zum Gebäude der Regierung Tatarstans, um die Rückzahlung der verlorenen Gelder zu fordern. Diese Kundgebung wurde zu einer der größten Protestaktionen in Tatarstan in den letzten Jahren. Der Vorsitzende der lokalen Abteilung von Parnas, Marcel Schamsutdinow, und Alexandra Jumanowa überreichten der Republikführung eine Petition, ein Ultimatum mit der Forderung, gegen den Beschluss der Zentralbank über den Entzug der Lizenzen von »Tatfondbank« und »Intechbank« Widerspruch einzulegen und den Bankkunden auf Kosten von Staatskorporationen und des Haushalts die verlorenen Gelder zu erstatten. Sollte dies nicht passieren, werde man, so versprochen es die Aktivisten, für den Rücktritt des Präsidenten Tatarstans, Rustam Minnichanow, kämpfen. Das Ultimatum hat Ildar Chalikow, der Ministerpräsident Tatarstans, persönlich entgegengenommen. Am 6. März organisierte Chalikow ein Treffen mit den Bankkunden und teilte dort mit, dass es kein Geld für Auszahlungen gibt und dass es sinnlos sein, den Entzug der Lizenzen anzufechten. Auf die Forderung Schamsutdinows nach juristischen Mitteln zur Hilfe für die Anleger erklärte die Regierung der Republik, sie werde es nicht zulassen, dass nicht genehmigte Protestaktionen durchgeführt werden, und riefen die Organisatoren der Proteste auf, sich nicht von »gewissen politischen Kräften« einspannen zu lassen. Danach kamen Zweihundert Menschen zu einer angemeldeten Mahnwache, der sich betroffene Immobilienanleger und Gegner der Müllverbrennungsanlage anschlossen. Die Aktivisten verkündeten, dass sie für den Rücktritt der Republikführung und ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Minnichanow kämpfen werden.« *Gastbeitrag der Partei »Parnas« bei »Echo Moskwy«, 12. März 2017, <<http://echo.msk.ru/blog/rprparnas/1942850-echo/>>*

Sibirien versucht die Verbote der Kundgebungen zu umgehen

Jaroslav Wlasow, Journalist bei Taiga.info (Nowosibirsk)

Die Protestaktionen gegen Korruption der hochrangigen Staatsbeamten Russlands werden am 26. März in mehreren sibirischen Städten stattfinden. In den meisten Fällen verweigern die Stadtverwaltungen den Menschen den Zugang sogar zu den »Hyde-Parks«, wo öffentliche Aktionen per Gesetz erlaubt sind. Die Antragsteller der Kundgebungen und Mahnwachen erstatteten Anzeigen, einige von ihnen wurden auf Polizeiwachen vorgeladen. [...]

Tschita

Der Veranstalter Nikolai Markow hat eine Ankündigung über eine Mahnwache von 100 Personen auf dem Platz der Oktoberrevolution eingereicht, wo ein »Hyde Park« organisiert wird. Er teilte mit, dass die Polizei ein intensives Interesse für ihn entwickelt hat. Markow ist Student. Nach der Ankündigung luden ihn Mitarbeiter des »Zentrums E« [Zentrum für Extremismusbekämpfung; d. Red.] in einen »Dienstraum« seiner Universität zum Gespräch.

Die Polizisten beschuldigten Markow der »Verbreitung von Extremismus«. Markow teilte »Taiga.info« mit, dass die Polizei nach einem Gespräch am 24. März in einer Stelle des Innenministeriums kein Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren angestrengt habe. Nach seinen Aussagen werde die Kundgebung stattfinden.

Tomsk

Die Stadtverwaltung hat die Aktion auf dem Platz mit dem Denkmal für die Helden des Vaterländischen Krieges 1812 an der Kreuzung Karl-Marx-Straße und Gasse des Jahres 1905 genehmigt. Die Mahnwache findet um 14 Uhr (10 Uhr Moskauer Zeit) statt.

Die städtischen Behörden hatten den Veranstaltern zunächst unter dem Vorwand eine Absage erteilt, dass alle Orte von den Aktivisten der »Nationalen Befreiungsbewegung« und der »Jungen Garde von Einiges Russland« belegt seien, hatten keine Alternativen vorgeschlagen, später aber ihre Meinung geändert. »Trotz der Genehmigung unserer Aktion werden wir die erste Absage der Stadtverwaltung vor Gericht anfechten«, erklärte die Koordinatorin des Tomsker Wahlstabs von Alexej Nawalnyj, Aljona Chletunowa.

Irkutsk

Die Behörden haben einer Mahnwache auf dem 50 Jahre Oktober-Platz die Genehmigung erteilt. Die Aktion beginnt um 14 Uhr (9 Uhr Moskauer Zeit) und ist auf 200 Menschen angelegt, erklärten die Veranstalter.

Die Stadtverwaltung genehmigte die Veranstaltung am Rand des Stadtzentrums. In der Veranstaltungsgruppe auf »VKontakte« gibt es mehr als 1.200 Menschen, 600 Nutzer haben sich als »mögliche Teilnehmer« markiert. [...]

Ulan-Ude

Die Stadtverwaltung hat keinen einzigen Antrag genehmigt. Am Tag der letztmöglichen Antragsabgabe wollte der Leiter der Verwaltung Organisation des Schutzes der Öffentlichen Ordnung der Republikverwaltung des Innenministeriums [für Burjatien], Wilikton Sodnopow, mit jedem der Organisatoren sprechen.

»Wir haben mehr als drei Stunden bei der Polizei verbracht. Dort erklärten hochrangige Beamte, dass man uns bezahlt habe, dass das State Department der USA hinter uns stehe und [äußerten] noch jede Menge absurder Erklärungen und Drohungen. Das ganze Gespräch mit dem Innenministerium lief auf den Versuch heraus, uns zu überreden, das Veranstaltungsdatum zu verschieben«, schreiben die Veranstalter auf »VKontakte«. Die Antragsteller haben auf Rat von Gleichgesinnten aus Krasnojarsk beschlossen, die Absage der Stadtverwaltung vor Gericht anzufechten. [...]« *Jaroslav Wlasow, am 24. März bei »Taiga.info«, <<http://taiga.info/133281>>*

»Schande!«. Im Gebiet Brjansk wurden Schüler wegen Aufruf zur Protestaktion auf die Wache gebracht

»Ein Schüler aus dem Gebiet Brjansk, der eine Gruppe zur Unterstützung von Nawalnyj erstellt und zur Kundgebung am 26. März aufgerufen hatte, wurde aus dem Unterricht geholt und direkt zur Polizei gebracht.

Danach führte die Schulleiterin ein Gespräch mit der Klasse und versuchte, die Schüler von einer Unterstützung des Klassenkameraden abzureden, und verbreitete propagandistischen Quatsch aus dem Fernsehen.

Lieber Unterstützer oder dessen Freunde, setzen Sie sich bitte mit dem föderalen Stab per E-mail in Verbindung (2018@navalny.com) Wir werden Ihnen kostenlos juristische Hilfe gewähren und Ihre Peiniger ins <http://blackbook.wiki> [»Schwarzbuch«; ein Projekt von Alexej Nawalnyj, in dem Aktivisten eine Liste von korrupten Beamten, Polizisten, Richtern, Staatsanwälten führen; d. Red.] eintragen und sie nach dem Sieg »lustrieren«.

Na, was sind das für 84 % Unterstützung für Putin? Selbst vor Schülern haben sie Angst. Und solchen Lehrern gebührt nur Schmach und Schande!«

Team Nawalnyj 18. März 2017 bei »vk.com« (VKontakte), <https://vk.com/wall-55284725_262147>

Ich kann nicht mehr so weiterleben wie vorher

Katja, Schülerin (Moskau)

»Sobald bekannt wurde, dass eine Aktion auf der Twerskaja-Straße geplant ist, habe ich mit meinen Kumpels verstanden, dass es unsere Pflicht ist, da hinzugehen. Ich wollte rausgehen und meine Rechte geltend machen – und unserem Regime zeigen, dass wir nicht mehr zu Hause sitzen und das ertragen wollen, was da vor sich geht. Mein Gewissen würde es mir nicht erlauben, zu Hause zu bleiben. Ich weiß, dass es besser ist, auf die Straße zu gehen und die negativen Folgen zu tragen, als dass ich bleibe und meine legitime Meinung nicht äußere.

Ich wusste seit langem von der Willkür unseres Regimes; als ich aber die Untersuchung von Nawalnyj gesehen habe, wo unmittelbare Tatsachen dargelegt wurden – Drohnenbilder, Zeugenaussagen, die man nicht bestreiten kann – habe ich beschlossen, dass hier wahre Beweise vorliegen, inwieweit das System der staatlichen Verwaltung in unserem Land auseinanderfällt und wie stark die Korruption ist.

Als Boris Nemzow ermordet wurde – ich war damals 14 – ging ich zum ersten Mal auf die Straße, um an dem Gedenkmarsch teilzunehmen; dieser Tag hat mein ganzes Leben verändert. Ich bin allein ohne Eltern, ohne Freunde dorthin gegangen – damals hatte niemand meine Ansichten geteilt – und habe mich unter diesen unbekannten Leuten wie Zuhause gefühlt und habe verstanden, dass ich nicht mehr so weiter leben kann wie vorher. [...]

Katja aus Moskau am 27. März 2017 im Interview für »Meduza«, <<https://meduza.io/feature/2017/03/27/mne-by-sovest-ne-pozvolila-ostatsya-doma>>

Seien Sie wachsam. Sonst droht uns ein ukrainisches Szenario!

Wladimir Solowjow, Journalist (Moskau)

»[...] Die Demokratie zu verteidigen, ist sehr wichtig für mich. Worin besteht diese Verteidigung? U. a. in Gewaltenteilung. Es kann doch nicht sein, dass jemand sagt: »Ich sage Euch, was Ihr dürft. Ich pfeif drauf, ob man dafür eine Genehmigung braucht oder nicht. Ich sage, was man darf, deswegen: Geht raus auf die Straße.« Was heißt das? Schauen Sie: Dort, wo die Kundgebungen genehmigt waren, war es ruhig und sicher, keine Ausschreitungen. Dort (in einigen Städten), wo ein Versammlungsort vorgeschlagen worden war, wo sie [die Organisatoren] aber beschlossen,

dass das egal sei, wo sie beschlossen, dass sie es selbst besser wissen und beharrten: »Wir entscheiden! Keine Gesetze, keine Regelungen – wir entscheiden, wo es sein soll«, da haben sie automatisch das Leben der Leute in Gefahr gebracht.

Gegen die Korruption muss man aber kämpfen. Und verantworten müssen sich alle, unabhängig von Dienstgrad, Position und Status. Reagieren muss man aber auf konkrete Vorwürfe im Rahmen der bestehenden Verfahren. Sonst – es haben ja alle gesehen, was in der Ukraine passiert war. Sie schrien, dass sie gegen Korruption kämpfen, bekamen aber ein rabiales korruptes Regime und ein Blutbad. Liebe Bürger, seien Sie wachsam! Kämpfen Sie gegen Korruption, unterscheiden Sie aber zwischen echten Kämpfern und bezahlten Provokateuren.«

Wladimir Solowjow am 27. März bei »Rossija 1«, <http://echo.msk.ru/blog/day_video/1951670-echo/>

Die Krim-Euphorie ist vorbei

Denis Wolkow, Lewada-Zentrum (Moskau)

»[...] Die neue Protestwelle ist möglich geworden, weil der »Krim-Effekt« sich seinem Ende nähert. Die Stimmung in der Gesellschaft ist nach vielen Indikatoren schlechter als sie es vor 2014 war. Das besagt die Entwicklung der Einstellungsindizes der Gesellschaft, ein integraler Wert, der vom Lewada-Zentrum ermittelt wird. Das ist stimmt, wenn es um die Einschätzungen der persönlichen Lage der Menschen, ihres Wohlstands und ihrer Zukunftsaussichten geht. Das Gesamtwerte des Regimes, wenn man nicht nur die stabil hohen Umfragewerte Putins berücksichtigt, sondern auch die zur Regierungsarbeit, sind heute um 20 % niedriger als Ende 2014. Der Grund ist nicht nur das Ende der Euphorie, sondern auch die Folgen der Wirtschaftskrise – selbst nach offiziellen Angaben leben die Menschen in Russland heute schlechter, als noch vor drei Jahren. Von Bedeutung sind dabei nicht nur der sinkende Wohlstand, sondern auch das »Sackgassengefühl«, die Unmöglichkeit von Veränderungen und das Fehlen von Lebensperspektiven. Das müssen insbesondere junge, gebildete Menschen hart erfahren, die mit Nawalnyj »nicht glauben wollen, dass Russland ein verlorenes Land ist«. Das Thema Korruption wird dabei eher als Symbol der Unzufriedenheit, der ungerechten Situation wahrgenommen, denn als soziales Übel, auf das man im Alltag stößt. Dieser Stimmungswandel in der Gesellschaft wird von den Experten übergangen, die ihre Aufmerksamkeit nur auf die hohen Umfragewerte des Präsidenten richten und andere Indikatoren außer Acht lassen. Denis Wolkow am 27. März 2017 bei »RBK«, <<http://www.rbc.ru/opinions/politics/27/03/2017/58d8db2f9a7947ba863b71ba>>

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

DOKUMENTATION

Aufruf der Studenten, Alumni und Unterstützer der Europäischen Universität Sankt Petersburg

#SaveEUSP

Am 20. März 2017 hat ein russisches Schiedsgericht der Europäischen Universität in St. Petersburg (EUSP) die Lizenz entzogen.

Wir – Studenten, Alumni und Unterstützer der EUSP – missbilligen ausdrücklich die Entscheidung des Gerichts und die Bewertung der Arbeit der Universität, die die staatliche Behörde für die Bildungsaufsicht (»Rosobrnadsor«) vorgenommen hat. Die EUSP ist eine der führenden Universitäten im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften, die sich einer besseren Zukunft des Landes und der internationalen akademischen Zusammenarbeit verschrieben hat.

Keiner der über 100 angeblichen Verstöße, aufgrund derer die EUSP ihre Lizenz verlor, hält einer kritischen Betrachtung stand. Die meisten sind entkräftet worden, auch in juristischen Verfahren. Dennoch wurden einige wenige minimale und lächerliche Vorwürfe eingesetzt, um die Universität zu schikanieren. Ein Beispiel: »Rosobrnadsor« zufolge verfügt die EUSP-Abteilung für politische Wissenschaft und Soziologie, die in diesen Bereichen in ihrer Produktivität absolut führend ist, einen Anteil von Mitarbeitern, die vorwiegend mit »praktischer« Arbeit befasst sind; dieser Begriff ist nirgendwo in einem offiziellen Dokument definiert. Eine weitere Maßgabe ist, dass eine Bildungseinrichtung über eine Sporthalle verfügen muss (die EUSP mietet eine), ungeachtet des Umstandes, dass die EUSP als Hochschule keinen Sport in ihrem Lehr-

programm hat. Wir nehmen an, dass die Angriffe der Aufsichtsbehörden und die Entscheidung des Gerichts den Zweck verfolgen, die akademische und die Lehrtätigkeit der EUSP zu stören und diese Institution ein für alle Mal zu schließen.

Die EUSP hat sich international den Ruf erworben, exzellente Forschung zu betreiben und aus Russlands klügsten Studenten erfolgreiche Absolventen zu machen. Die EUSP gewährleistet in Russland und dem postsowjetischen Raum hohe globale Standards. Dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft zufolge liegt die EUSP mit ihrer finanziellen Effizienz der Forschungsarbeit russlandweit an der Spitze. Bei den Zitierungen befindet sie sich ebenfalls in der Führungsgruppe. Die Bedeutung ergibt sich aber aus weit mehr, als nur ihrer Effizienz. Die Universität ist ein fester Bestandteil St. Petersburgs geworden und ist ein pulsierendes intellektuelles und kulturelles Zentrum der Stadt. Die EUSP ist nicht nur für ihre Studenten und die Mitarbeiter von großer Bedeutung, sondern auch für die Menschen in St. Petersburg, die regelmäßig zu den Veranstaltungen, öffentlichen Vorträgen und Kursen kommen. Ein Verlust dieser Institution bedeutete den Verlust einer wichtigen und außergewöhnlichen Plattform für einen freien akademischen Austausch in Russland.

Das gegenwärtige Vorgehen staatlicher Behörden gegen die Europäische Universität in St. Petersburg bedeutet eine ernste Bedrohung für unabhängige Bildung und Forschung!

Wir rufen die internationale akademische Gemeinschaft, Studenten, öffentlich aktive Intellektuelle und alle Wohlmeinenden dazu auf, sich solidarisch hinter die Studenten und Alumni der EUSP zu stellen und uns zu helfen unsere Universität zu retten!

Let's #SaveEUSP!

Studenten, Alumni und Unterstützer der EUSP

Quelle: <<https://readymag.com/eu/SaveEUSP/>>

Petition auf Change.org: <<https://www.change.org/p/%D1%81%D0%BF%D0%B0%D1%81%D0%B8%D1%82%D0%B5-%D0%B5%D0%B2%D1%80%D0%BE%D0%BF%D0%B5%D0%B9%D1%81%D0%BA%D0%B8%D0%B9-%D1%83%D0%BD%D0%B8%D0%B2%D0%B5%D1%80%D1%81%D0%B8%D1%82%D0%B5%D1%82-%D0%B2-%D1%81%D0%B0%D0%BD%D0%BA%D1%82-%D0%BF%D0%B5%D1%82%D0%B5%D1%80%D0%B1%D1%83%D1%80%D0%B3%D0%B5>>.

Lesetipps

- Aus für St. Petersburger Europa-Universität? Deutsche Welle, 23. März 2017 <http://www.dw.com/de/aus-f%C3%BCr-st-petersburger-europa-universit%C3%A4t/a-38085875?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html-newsletter>, 29. März 2017
- EUSP: Situation regarding the suspension of the Educational license of the European University at Saint Petersburg; 12. Dezember 2016; <<https://eu.spb.ru/en/news/17166-situation-regarding-the-suspension-of-the-educational-license-of-the-european-university-at-saint-petersburg>>.
- Sonin, Konstantin: Uniwersitet w bolote. Potschemu moshet sakrytsja Jewropejskij uniwersitet w Peterburge [russ.]; in: Wedomosti, 26. März 2017; <<http://www.vedomosti.ru/opinion/columns/2017/03/27/682766-universitet>>; Papirausgabe: Prawila igry. Uniwersitet w bolote, in: Wedomosti, Nr. 4288 v. 27. März 2017

NOTIZEN AUS MOSKAU

Umfragen als Wahlersatz

Jens Siegert, Moskau

Die Russland-Analysen versorgen Ihre Leserinnen und Leser in jeder Nummer mit schönen Diagrammen, die Umfrageergebnisse wiedergeben (meist der drei großen Umfrageinstitute »Lewada-Zentrum«, WZIOM und FOM). Das ist ein nützlicher Service. Menschen sind visuelle Wesen und die Botschaften der Balken und Kreise können schnell aufgenommen werden. So prägen sie sehr stark unsere Vorstellungen und Meinungen, von

dem, was die Menschen in Russland denken. Auch ich nutze die Umfragen häufig (meist von Lewada, denen ich traue, weniger der beiden anderen, denen ich weniger traue). So machen es eigentlich alle, die ich kenne.

In Russland (und bei vielen, die Russland professionell beobachten) besteht heute weitgehende Einigkeit darin, dass es eine große und, nun, nennen wir sie *konservative* Mehrheit gibt, die die Politik von Präsident Putin unterstützt.

Eigentlich alle, die das behaupten, stützen sich auf Meinungsumfragen, da ebenfalls weitgehende Einigkeit darüber besteht, dass es freie und faire Wahlen nicht gibt, Wahlergebnisse also nicht *die Wirklichkeit* widerspiegeln. Aber wie zuverlässig sind die Ergebnisse der Meinungsumfragen?

Meinungsumfragen sind in den vergangenen Jahren fast überall auf der Welt wichtiger geworden. Sie werden immer häufiger durchgeführt. Viele werden gar nicht veröffentlicht. Ihre Auftraggeber sind Parteien, Regierungen oder Lobbyisten, und die Ergebnisse dienen der Strategiebildung. Um diese Umfragen soll es hier nicht gehen, sondern nur um die, die auch veröffentlicht werden. In demokratischen Gesellschaften geben diese Umfragen Stimmungen wider. Sie sind Momentaufnahmen. Aber letztlich gilt das Ergebnis von Wahlen.

Da in Russland das Ergebnis von Wahlen aber (weitestgehend) vorher feststeht, beziehungsweise nicht an den Wahlurnen, sondern im Kreml gemacht wird, fehlen Wahlen als, wenn man so will, letztinstanzliches Korrektiv von Umfrageergebnissen. Das hat dazu geführt, dass Wahlen als Ausdruck dessen, was dann oft, auch und insbesondere in Russland, *Volkswille* genannt wird, in vielem von Umfragen abgelöst worden sind. Mitunter wird sogar Umfragen mehr geglaubt als Wahlergebnissen.

Um zu verstehen, warum in Russland Umfragen mehr bewirken als in anderen Ländern, ist es zuerst einmal wichtig darauf hinzuweisen, dass Russland ein in weiten Teilen entpolitisiertes Land ist (auch die Proteste vom vergangenen Wochenende sprechen nicht dagegen; selbst nach oppositionellen Angaben sind maximal 60.000 Menschen in einem Land mit einer Einwohnerzahl von 145 Millionen auf die Straße gegangen und das war der größte Protest seit fünf Jahren). Also, nach dem kurzen Intermezzo im Winter 2011/2012 ist es erneut eher schlechter Ton über Politik zu reden. Das merken auch die Umfrager. Sie haben es sehr schwer, überhaupt Menschen zu finden, die bereit sind zu antworten. Nach unterschiedlichen Quellen sind nur zwischen 10 und 30 Prozent der repräsentativ Ausgewählten auch tatsächlich bereit, auf die Fragen der Meinungsforscher zu antworten. Schon allein damit ist jede Repräsentativität zum Teufel.

Zwar gibt es in der Empirie durchaus Methoden, die daraus entstehenden Fehlerquoten zu verringern, aber eben nur zu verringern. Sie bleiben hoch. Die Umfrageinstitute argumentieren umgekehrt, diese Methoden reichten aus, um trotzdem ein repräsentatives Ergebnis zu ermöglichen. Eine ihrer Thesen ist, dass die sich einer Befragung Entziehenden an Politik nicht oder wenig interessiert seien, also auch mit großer Wahrscheinlichkeit an Wahlen nicht teilnahmen und deshalb im Ergebnis weitgehend ignoriert werden könnten. Das ist zumindest eine gewagte These. Vor allem aber lässt sie sich nicht beweisen, da dazu eben jene 70 bis 90 Prozent Umfrageverwei-

gerer befragt werden müssten, die ja aber nicht befragt werden möchten (und zu denen, möchte ich hinzufügen, auch ich gehöre, und ich bin ganz sicher an Politik interessiert und nehme ganz sicher an Wahlen teil). Aus diesen Gründen ist also durchaus auch eine andere (wenn auch ebenso wenig beweisbare) Lesart der Umfrageverweigerung möglich: Sie ist eine Art von stillem Protest.

Hier ein kleiner Einschub in die Geschichte von Meinungsumfragen in Russland. Diese Geschichte ist recht jung, da es in der Sowjetunion (mit Ausnahme der letzten Jahre) keine Meinungsumfragen gab. Die Partei wusste ja auch so alles. 1987, die *Perestroika* nahm gerade Fahrt auf und *Glasnost*, also *Offenheit* war gefragt, gründeten dann Soziologen um Tatjana Saslawskaja das »Allunionsinstitut zur Erforschung der Öffentlichen Meinung« (WZIOM). Ein Jahr später schlossen sich Jurij Lewada und eine Reihe seiner Schüler, die vorher im Untergrund gearbeitet hatten, dem WZIOM an. Auch hier schon ersetzten Umfragen Wahlen. Denn Wahlen im Sinn der Möglichkeit einer freien Auswahl gab es (noch) nicht. In den 1990er Jahren gab es dann Wahlen und die russischen Umfrageinstitute schienen ihren Brüdern und Schwestern im Westen immer ähnlicher zu werden.

In den 2000er Jahren hat sich der Kreml dann die Umfrageinstitute ebenso unterworfen, wie es mit allen anderen politisch-gesellschaftlich bedeutenden Institutionen geschehen ist. Ausnahme bleibt auch hier das Lewada-Zentrum. Die russische Regierung hatte 2003 beschlossen, die Leitung des WZIOM zu ersetzen. Die Mitarbeiter um Institutsgründer und -leiter Jurij Lewada widersetzten sich und gründeten ein eigenes Institut, dass erst WZIOM-A genannt wurde und nach einem Verbot, diesen Namen zu nutzen, zum Lewada-Zentrum wurde.

Trotz der nun staatlichen Kontrolle weiter Teile der Meinungsforschung in Russland wird, soweit ich das beurteilen kann, bei den Umfragen wenig direkt gefälscht. Die Existenz des Lewada-Zentrums mag hier eine korrigierende und bremsende Wirkung haben. Es ist kaum zu beurteilen, wie groß sie ist. Zu offensichtliche Fälschung von Meinungsumfragen ist aber auch gar nicht im Interesse des Kremls. Wie in vielen anderen Politikfeldern auch, folgt die staatliche Politik in Russland der Faustregel, soviel indirekte Manipulation wie möglich, nur soviel direkte Eingriffe wie nötig.

Wie funktioniert das im Bereich Meinungsumfragen? Die Umfrageinstitute brauchen gar nicht direkt zu fälschen. Sie schauen einfach die Abendnachrichten im staatlich kontrollierten Fernsehen und fragen dann am nächsten Tag die Menschen, die bereit sind auf ihre Fragen zu antworten (und ich weise noch einmal darauf hin, dass das sehr wenige sind), ob sie mit dieser oder jener Aussage einverstanden sind. Im Ergebnis gibt es eine starke Tendenz der Zustimmung, nicht zuletzt deshalb, weil die noch aus Sowjetzeiten stammende Vorsicht

im öffentlichen Raum viele Menschen dazu neigen lässt, lieber dem offiziellen Narrativ zuzustimmen als ihm zu widersprechen. Denn Widersprechen könnte gefährlich sein. Zustimmung ist dagegen sicher ungefährlich.

Diesem Diskurs entkommt auch das Lewada-Zentrum nur schwer, denn es bewegt sich weitgehend im gleichen Rahmen der staatlichen Propaganda, nur eben mit umgekehrtem Vorzeichen. Der Sprachduktus, die Begriffe, die Begrifflichkeit, alles wird auch bei Lewada durch die staatliche Propaganda vorgeprägt. Das ist kein Vorwurf. Würde das Lewada-Zentrum grundsätzlich anders handeln und zum Beispiel »westlich« fragen, kämen nur andere Abweichungen zustande. Mitunter bricht aber das Lewada-Zentrum aus dem durch die staatliche Propaganda vorgegebenen Begriffsrahmen aus. Oft gibt es dann unerwartete, vom Mainstream abweichende Resultate.

Zwei Umfragen zum Thema des russischen Militäreinsatzes in Syrien sollen das ein wenig anschaulich machen. Als im Sommer 2015 gerade erst in der russischen Öffentlichkeit begonnen wurde, die Frage zu diskutieren, dass Russland in den syrischen Bürgerkrieg militärisch eingreifen könnte, fragte das Lewada-Zentrum, ob Russland Baschar al-Assad militärisch unterstützen und Soldaten nach Syrien schicken sollte. Das Resultat war erwartungsgemäß negativ. Schon vorher hatten Umfragen gezeigt, dass militärisches Eingreifen außerhalb der unmittelbaren russischen Nachbarschaft höchst unpopulär ist.

Nur rund zwei Wochen später hatte die staatliche Propaganda eingesetzt und das militärische Eingreifen umgedeutet. Das Lewada-Zentrum fragte die Menschen nun, was sie davon hielten, wenn russische Kampfflugzeuge »die Stellungen der in Russland verbotenen Terrororganisation *Islamischer Staat*« bombardierten. Die Frage deckte sich bis in die Diktion mit der Wortwahl in den Fernsehabendnachrichten. Auch hier war das Ergebnis das erwartete: eine Mehrheit war dafür. Es spricht sehr viel dafür, dass Umfragen in Russland weniger Meinungen abfragen als vielmehr Assoziationen. Viele Menschen antworten, was ihnen zu den in den Fragen gegebenen Stichworten einfällt. Zwar dürften sich Meinungsforscher in demokratischen Ländern mit ähnlichen Problemen herumschlagen, aber in Russland landen am Ende sehr oft die Schlüsselwörter der staatlichen Propaganda in den Ergebnissen der Umfragen weit vorn.

Hinzu kommt noch ein Aspekt der, wenn man so will, *Produktionsbedingungen* der Umfrage(ergebnisse). Die Umfragen selbst werden (hochprofessionell) in Moskau konzipiert. Aber die Fragen werden überall im Land von dafür meist nur notdürftig ausgebildeten Menschen gestellt (das noch viel problematischere Thema von Telefonumfragen lasse ich heute außen vor). Das ist, wegen der Größe des Landes und der meist begrenzten finanziellen

und, besonders wichtig, personellen Ressourcen, selbst bei bestem Willen (also im Lewada-Zentrum) kaum zu vermeiden. Diese Interviewer treffen nun auf Menschen, die eigentlich nicht so gerne befragt werden möchten, vor allem nicht zu Politik. Das wissen wir aus Interviews mit den Interviewern. Außerdem gibt es noch ein Stadt-Land-, ein Alters- und ein Bildungsgefälle. Je größer die Stadt, je gebildeter und jünger die Befragten, umso zögerlicher sind sie bei Antworten auf politische Fragen. All das wirkt sich erheblich auf die Qualität der Ergebnisse aus.

Am Ende erhalten wir aus den Umfragen das Bild eines sehr konservativen, fast unbeweglichen Landes, das dann manchmal, wie im Winter 2011/2012 explodiert oder in dem plötzlich, wie am vorigen Wochenende, Zehntausende Menschen gegen Korruption, Ministerpräsident Medwedew und auch Präsident Putin auf die Straße gehen, obwohl sich das in Umfragen nicht abgezeichnet hat. Das einzige Forschungsinstitut, dass im Frühjahr 2011 so etwas wie Unzufriedenheit vorausgesagt hat, war das *Zentrum für Strategische Ausarbeitungen*, das durch die russische Regierung finanziert wird und auch den Kreml berät. Ihre Erkenntnisse hatten die Forscher dort allerdings aus Diskussionen in sogenannten *Fokusgruppen* gewonnen und nicht aus Umfragen.

Ist das nun ein grundsätzliches Plädoyer gegen Umfragen in Russland? Nein, keineswegs. Man kann mit den Umfragen, insbesondere natürlich denen des Lewada-Zentrums, schon einiges anfangen. Das betrifft aber eher die mittel- und langfristigen Analysen, die aus ihnen gewonnen werden, als die jeweils aktuellen Zahlen. Durch Langzeitbeobachtung, durch das Stellen von immer wieder den gleichen Fragen über einen langen Zeitraum lassen sich Trends und Entwicklungen herausfinden. Genau das machen Lewada-Direktor Lew Gudkow und seine Kollegen mit großer Akribie. So können sie zum Beispiel durchaus zeigen, dass und wie Propaganda wirkt, auch wenn es unmöglich ist, in Zahlen zu fassen, was herauskäme, gäbe es keine Propaganda und eine wenn schon nicht freie, so doch wenigstens plurale Presse. Niemand kann heute wissen, was »das Volk« wirklich denkt.

Solange es keine freien und fairen Wahlen in Russland gibt, die zuverlässiger darüber Auskunft geben, bleibt uns aber trotzdem kaum etwas anderes übrig, als uns (auch) auf die Umfrageergebnisse zu beziehen. Das muss schon allein deshalb sein, weil sie politmächtig sind und (politisches) Verhalten ändern, egal wie belastbar sie sind. Man sollte sich aber dabei immer der hier beschriebenen Einschränkungen bewusst sein.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

CHRONIK

17. – 30. März 2017

17.3.2017	Eine Veranstaltung des örtlichen Wahlkampfteams des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj wird in Tomsk wegen einer Bombendrohung abgebrochen.
17.3.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt den Präsidenten Moldaus, Igor Dodon, in Moskau zu Gesprächen über den Transnistrien-Konflikt. Weitere Themen sind die ökonomische und migrationspolitische Zusammenarbeit.
18.3.2017	Anlässlich des dritten Jahrestages des Anschlusses der Krim an Russland findet auf dem Universitätsplatz der Moskauer Staatlichen Universität (MGU) eine Festveranstaltung statt. Daran nehmen laut Angaben des Innenministeriums rund 150.000 Personen teil.
18.3.2017	In St. Petersburg nehmen laut Polizeiangaben rund 6.000 Personen am »Marsch zum Schutz Petersburgs« teil. Die Versammlung richtet sich unter anderem gegen die Übergabe der Isaaskathedrale an die Russische Orthodoxe Kirche, die geplante Bebauung der umliegenden Grünfläche des Observatoriums Pulkowo, den Zusammenschluss der Russischen Nationalbibliothek und der Russischen Staatsbibliothek und die Situation der Europäischen Universität.
18.3.2017	Wladimir Jewdokimow, der wegen Veruntreuung in Millionenhöhe in seiner Zeit als Manager der Raumfahrtbehörde »Roskosmos« angeklagt ist, wird in seiner Zelle mit mehreren Stichverletzungen tot aufgefunden. Jewdokimow befand sich seit Dezember vergangenen Jahres in Untersuchungshaft.
19.3.2017	Das fünfte Mal seit Dezember vergangenen Jahres protestieren Einwohner in Nowosibirsk gegen Tarifierhöhungen für kommunale Dienstleistungen. Rund 2.500 nahmen an der Aktion teil. Auch Alexej Nawalnyj, Gründer der »Stiftung für Korruptionsbekämpfung«, tritt bei der Kundgebung der Aktion auf.
20.3.2017	Das St. Petersburger Wirtschaftsgericht entzieht der Europäischen Universität die Lizenz. Damit kommt das Gericht einem Antrag des Föderalen Dienstes für Bildungsaufsicht »Rosobrnadsor« nach. Die Universität kündigt an, den Beschluss anzufechten.
20.3.2017	Die Zeitung »Nowaja Gaseta« berichtet über ein Geldwäschesystem, durch das zwischen 2010 und 2014 rund 22 Milliarden US-Dollar aus Russland illegal in die EU geschleust worden seien. Der Bericht basiert auf Recherchen der Journalisten des internationalen Recherchenetzwerks OCCRP (»Organized Crime and Corruption Reporting Project«), die ein Geldwäsche-System, die so genannte »Russische Waschmaschine« entdeckt hatten. Nach Berichten der »Süddeutsche Zeitung« sollen mindestens 27 deutsche Banken mit gewaschenen Geldern hantiert haben.
21.3.2017	Mitarbeiter des Strafermittlungskomitees und des Inlandgeheimdienstes FSB nehmen den Leiter des zum Föderalen Wachdienst FSO gehörenden Unternehmens »Ateks«, Andrej Kaminow, und den Generaldirektor des Unternehmens »Strojfasad«, Stanislav Kjuner, fest. Die beiden werden verdächtigt, im Zusammenhang mit Bauarbeiten an Objekten der Präsidentenresidenz in Nowo-Ogarewo in den Jahren 2012 bis 2015 Haushaltsmittel unterschlagen zu haben.
21.3.2017	Das Gericht des Moskauer Militärbezirks verurteilt Chasan Sakajew als Mittäter bei der Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater am 23. Oktober 2002 zu 19 Jahren Strafkolonie strengen Regimes. Der Anklage zufolge hat Sakajew Waffen und Sprengstoff für die Geiselnahme besorgt und war auch bei der Vorbereitung einer Explosion in der Nähe eines Moskauer »McDonalds«-Restaurants beteiligt, in dessen Folge ein Mensch starb und Dutzende verletzt wurden.
21.3.2017	In Moskau treten ca. 100 Arbeiter der Metro zum wiederholten Mal in den Streik, da die Firma »Ingeokom« ihre Löhne nicht auszahlt.
22.3.2017	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) verbietet der von Russland für den »Eurovision Song Contest« nominierten Sängerin Julija Samojlowa für die nächsten drei Jahre die Einreise in die Ukraine. Grund dafür ist die Krimreise der Sängerin im Juni 2015, die durch die Einreise von russischem Staatsterritorium aus den ukrainischen Einreisebestimmungen zuwider handelt.
23.3.2017	Der ehemalige Abgeordnete der russischen Staatsduma, Denis Woronenkow, wird in Kiew auf offener Straße erschossen. Der Angreifer, der sich anschließend mit Woronenkows Leibwächter einen Schusswechsel lieferte, erliegt im Krankenhaus seinen Verletzungen. Der ukrainische Präsident bezeichnet den Vorfall als Terrorakt seitens Russlands. Woronenkow war gemeinsam mit seiner Familie im Dezember vergangenen Jahres in die Ukraine ausgeweicht, hatte die ukrainische Staatsbürgerschaft angenommen und Angaben im Verfahren wegen Landesverrats gegen den ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowytsch gemacht. Anfang März hatte das russische Strafermittlungskomitee einen internationalen Haftbefehl gegen Woronenkow wegen schweren Betrugs erlassen. Der Pressechef des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, weist die Vorwürfe einer russischen Verantwortung für den Mord als absurd zurück.
23.3.2017	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew trifft sich mit Vertretern von Fernfahrer-Vereinigungen, die seit November 2015 gegen die Einführung des Mautsystems »Platon« protestieren, um über verschiedene Streitpunkte des Systems zu diskutieren. Im Ergebnis des Treffens wird die Erhöhung des Tarifs um 50 Prozent auf nurmehr 25 Prozent verringert. Er soll nun pro Kilometer 1,91 Rubel statt 3,06 Rubel betragen.

24.3.2017	Bei einem Angriff auf eine Einheit der russischen Nationalgarde im Norden der Republik Tschetschenien werden sechs Soldaten getötet. Auch sechs der Angreifer verlieren ihr Leben. Die Terrormiliz »Islamischer Staat« übernimmt die Verantwortung für den Angriff.
24.3.2017	Abgeordnete der Kommunistischen Partei KPRF fordern eine parlamentarische Untersuchung über das Vermögen des Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew. Sie beziehen sich auf ein Video, in dem Alexej Nawalnyjs Stiftung über die Residenzen und Vermögenswerte von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew berichtete hatte.
26.3.2017	In zahlreichen Städten Russlands finden Protestaktionen gegen Korruption statt. Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj hatte zu den Protesten im Zusammenhang mit den Recherchen seiner Stiftung über das Vermögen von Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew aufgerufen. Bei den Protesten kommt es zu zahlreichen Festnahmen, allein in Moskau werden mehr als tausend Personen verhaftet.
27.3.2017	In mehreren Regionen finden Streikaktionen von Fernfahrern gegen das Mautsystem »Platon« und für bessere Arbeitsbedingungen statt, die von der »Vereinigung der Fernfahrer Russlands« (OPR) initiiert worden war.
27.3.2017	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew empfängt den Präsidenten des Iran, Hassan Ruhani, zu einem zweitägigen Staatsbesuch. Für den zweiten Tag ist ein Treffen mit Präsident Wladimir Putin geplant. Bei den Gesprächen geht es um den Ausbau der bilateralen Beziehungen und die Schaffung von gemeinsamen Projekten im Energie- und Verkehrssektor.
28.3.2017	Der für diesen Tag geplante Traktorenmarsch aus der Region Krasnodar und dem Gebiet Rostow nach Moskau gegen Landraub und Korruption wird von den Behörden verhindert. Einer der Organisatoren des Protests, Nikolaj Maslow, wird festgenommen. Bereits im Vorfeld, am 24. März, war die Leitfigur der Bewegung, Aleksej Woltschenko, festgenommen worden. Außerdem verprügelten ca. zehn maskierte Unbekannte ein Journalistenteam von »Radio Swoboda«, das für zur Berichterstattung über den Protest in die Stadt Kropotkin (Region Krasnodar) angereist war.
28.3.2017	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet den Entwurf eines Gesetzes, das die Berichterstattung von Gerichtsverfahren durch die Massenmedien einschränken soll. Übertragungen wären demnach unter anderem nur noch mit Erlaubnis des Gerichts möglich.
28.– 29.3.2017	Eine Reihe russischer Politiker, darunter Valentina Matwijenko, die Vorsitzende des Föderationsrates, und Sergej Mironow, der Vorsitzende der Partei »Gerechtes Russland« rufen die Regierung dazu auf, auf die Sorgen der Bürger, die in den Demonstrationen am Wochenende deutlich geworden sind, einzugehen. In den Medien wird das als Kritik an Ministerpräsident Dmitrij Medwedew interpretiert.
28.– 29.3.2017	In Archangelsk findet zum vierten Mal das zweitägige Internationale Arktische Forum »Arktis – Territorium des Dialogs« statt, auf dem Probleme und Perspektiven für die arktische Region diskutiert werden. Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nehmen am zweiten Tag an der Veranstaltung teil.
29.3.2017	Präsident Wladimir Putin erlässt per Erlass eine Reihe von Beamten föderaler Behörden, darunter Georgij Matjuschkin, den stellvertretenden Justizminister und gleichzeitig Vertreter Russlands beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), den Leiter der Staatlichen Inspektion für die Sicherheit im Straßenverkehr (GIBDD), Viktor Nilow, die Stellvertretende Leiterin des Gerichtsvollzugsdienstes Tatjana Ignatjewa und den Staatsanwalt des Gebiets Nowgorod, Andrej Kikot. Außerdem werden mit Dmitrij Popow im Gebiet Jaroslawl und mit Sergej Tabelskij in der Region Krasnodar neue Staatsanwälte ernannt. Weitere Umbesetzungen betreffen mehrere regionale Abteilungen des Ermittlungskomitees.
30.3.2017	Der NATO-Russland-Rat tritt zusammen. Vertreter der 28 Nato-Staaten und Russlands treffen sich zum ersten Mal in diesem Jahr zu offiziellen Gesprächen im NATO-Hauptquartier in Brüssel. Im Mittelpunkt stehen Fragen der Kommunikation über Militärmanöver sowie der Ukraine Konflikt. Auch die Verstärkung der NATO im nord-östlichen Teil des Bündnisgebiet dürfte thematisiert werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>